



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

10/2001

25.07.2001, 7. Jahrgang

Aktuelle Trends

Peter Franz

Ranking aller Orte(n) – ein Kommentar

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur in Deutschland: Talsohle bald
durchschritten

Joachim Ragnitz

„Solidarpakt II“:
Die ostdeutschen Länder in der Verantwortung

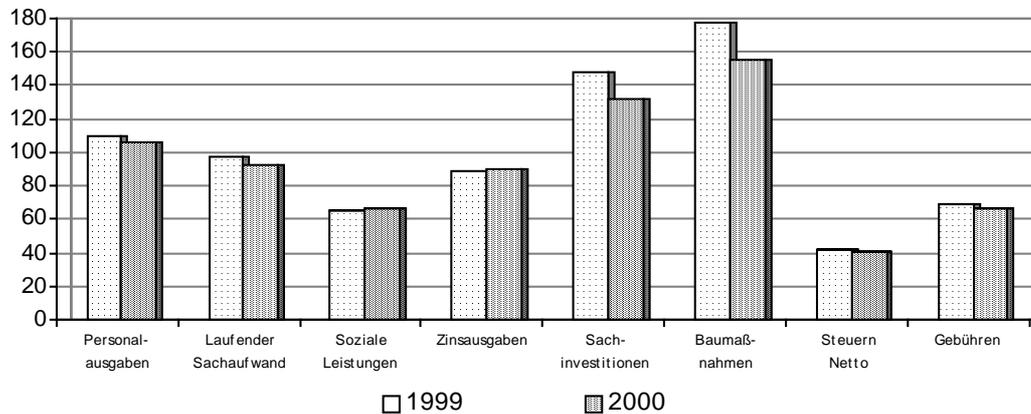
Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Juni 2001

Aktuelle Trends

Kommunale Finanzen in Ostdeutschland: Deutlicher Rückgang bei den investiven Ausgaben – keine Besserung bei den Einnahmen

Ausgewählte kommunale Ausgaben und Einnahmen in Ostdeutschland^a in DM/Einwohner, - Westdeutschland = 100 -



^a Ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Gesamtausgaben je Einwohner aller ostdeutschen Kommunen sind im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 3,2% gesunken. Westdeutsche Gemeinden verzeichneten hingegen einen Ausgabenanstieg von 1,6%. Lagen die kommunalen Ausgaben in Ostdeutschland 1999 mit knapp 100% nahe an den westdeutschen Vergleichswerten, so sind sie im Jahr 2000 auf 95% abgesunken.

Die Ausgaben für Personal und der laufende Sachaufwand gingen 2000 um 2,6% bzw. um 3,1% zurück und erreichten 106% bzw. 92% des westdeutschen Durchschnitts. Ebenfalls einen deutlichen Rückgang von 9% verzeichnete der Bereich „Sachinvestitionen“ und die darunter fallenden „Baumaßnahmen“. Diese für den Aufbau der neuen Länder wichtigen Kategorien entsprachen nur noch 132% (148%) und 155% (177%) des westdeutschen Niveaus. Die Zinsaufwendungen konnten zwar um 1,2% reduziert werden, liegen aber mit 90% fast auf westdeutschen Höhen. Einen Anstieg um 3,6%, auf nunmehr 67% des westdeutschen Niveaus, verbuchte nur der Bereich „Soziale Leistungen“. Insgesamt scheinen sich die Ausgaben der ostdeutschen Kommunen an westliche Verhältnisse anzupassen.

Anders sieht es jedoch bei den Einnahmen aus. Ein Vergleich der Einnahmen zeigt deutlich die angespannte finanzielle Lage der ostdeutschen Kommunen. Während die Gesamteinnahmen der westdeutschen Städte und Gemeinden im Jahr 2000 um 1% stiegen, waren die ostdeutschen Kämmerer mit einem Einnahmenrückgang in Höhe von 1,9% konfrontiert. Die Steuereinnahmen in Westdeutschland kletterten im betrachteten Zeitraum um 1,9%, wohingegen das Steueraufkommen in Ostdeutschland stagnierte. Die gesamten Steuereinnahmen erreichten unverändert nur 40% des westdeutschen Niveaus, wobei die mit Abstand wichtigste kommunale Steuer, die Gewerbesteuer, nur bei 29% des westdeutschen Niveaus lag. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entsprach nur 29% des westdeutschen Durchschnitts.

In den neuen Ländern besteht nach wie vor ein erheblicher infrastruktureller Nachholbedarf. Den Kommunen kommt bei der Schließung dieser Infrastrukturlücke keine geringe Bedeutung zu. Allerdings ist zu befürchten, dass sich die kommunalen Investitionen und Baumaßnahmen aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten weiter abschwächen werden. Zurückgehende Zuweisungen der Länder sowie mangelnde eigene Steuereinnahmen sorgen auf der Einnahmenseite für zusätzlichen Druck, während auf der Ausgabenseite mit einem weiteren Ausgabenanstieg für soziale Leistungen gerechnet werden kann.

Jens Müller (jmr@iwh-halle.de)

Ranking aller Orte(n) – ein Kommentar

Warum Wissenschaftler der zunehmenden Anwendung von Ranking-Verfahren kritischer gegenüber stehen sollten

Länder, Regionen und Städte kommen immer öfter in die Lage, unversehens in Druck- und Fernsehmedien mit ihresgleichen verglichen, eingestuft und nach bestimmten Kriterien bewertet zu werden. Für das Erstellen solcher Rankings zahlen die Auftraggeber gutes Geld, da hiermit anscheinend wichtige Informationsbedürfnisse erfüllt und der Auflagenverkauf der jeweiligen Zeitschrift oder die Einschaltquoten des jeweiligen Senders erhöht werden. Unübersichtliche gesellschaftliche Komplexität scheint mit Rankingverfahren prägnant und schlüssig auf einige leicht erfassbare Dimensionen mit einem eindeutigen Oben und Unten reduziert werden zu können. Die gute Bezahlung gewährleistet, dass Institute Auftragsarbeiten dieser Art in der Regel gern annehmen. Zudem fördern sie aufgrund der erzielten Publizität auch kurzfristig den Ruf der eigenen Sachverständigkeit und eröffnen die Aussicht auf Folgeaufträge. Der Trend zu vermehrten Rankings scheint sich darüber hinaus parallel mit der Popularitätskurve eines wettbewerbsorientierten Föderalismus zu entwickeln.

Im Gegensatz zur Beliebtheit solcher Rankings beim Medienpublikum steht die Beobachtung, dass deren Ergebnisse in den jeweiligen Fachkreisen nicht hundertprozentig ernst genommen werden, da diese wissen, auf welch methodisch wackligen Beinen Rankings stehen. Unter dem dünnen Lack vermeintlicher Objektivität verbirgt sich eine Vielzahl subjektiver Entscheidungen, a) welche und wie viele Indikatoren zur Messung herangezogen, b) in welcher Weise qualitativ erfasste Indikatoren in quantitative transformiert, c) welche Indikatoren zu Teildimensionen zusammen geführt und schließlich d) wie die einzelnen Indikatoren und Teildimensionen im Verhältnis zueinander gewichtet werden. Bei einem von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen und vor kurzem veröffentlichten Ranking der deutschen Bundesländer wurde sogar die Wirtschaftspolitik der einzelnen Landesregierungen insgesamt bewertet und als "objektivierte" Teildimension ins Ranking-Verfahren einbezogen. Nur in seltenen Fällen werden diese Entscheidungen so explizit gemacht, dass sie nachvollzogen und damit kritisiert werden können.

Neben diesen methodischen Schwachstellen gilt es für die Anwender auch zu bedenken, dass für manche Ranking-Objekte auch dauerhafte negative Folgen eintreten können. Werden bestimmte Regionen und Städte ständig auf hinteren Plätzen präsentiert, so besteht die Gefahr, dass anstelle einer erwünschten verstärkten Wettbewerbsorientierung von Gebietskörperschaften ein vorhandenes negatives Image zu einem dauerhaften Stigma verfestigt wird und damit politische Gegenstrategien erschwert, da deren Erfolge vom stabilen Negativimage überstrahlt werden.

Im Fall der Beurteilung nach wirtschaftspolitisch relevanten Kriterien suggerieren erste und letzte Plätze wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf bei letzteren und keinen oder geringen bei ersteren. Eine solche Vorgehensweise kann z. B. im Fall der neuen Länder komplett irreführend sein: Der Freistaat Sachsen bedarf ebenso der Verbesserung der Infrastruktur wie das Land Sachsen-Anhalt. Hier erscheint ein differenziertes Herausarbeiten von Schwächen und Stärken informativer, weil hiermit gleichzeitig Handlungsschwerpunkte konkret benannt werden können. Auch wirtschaftlich noch so starke Regionen – wie z. B. München – müssen mit negativen Agglomerationseffekten in Form von Engpässen auf dem Wohnungsmarkt und auf dem Arbeitsmarkt bei Fachkräften mittlerer Qualifikation kämpfen. Die Verarbeitung derartig differenziert aufbereiteter Informationen mag zunächst mehr Mühe machen als die Lektüre eines Ranking, aber der Gewinn an handlungsrelevanten Informationen sollte diese Anstrengung wert sein.

Insgesamt gesehen steht Wissenschaftlern mit der Methode des Ranking ein wirksames Instrument zur Verfügung, um gesellschaftliche Komplexität effektiv zu reduzieren und leicht konsumierbare Resultate zu erzielen. Gerade diese Vorteile verführen aber auch zu seiner vorschnellen Anwendung. Daher sollte der Anwender stets im Auge behalten, ob die von ihm ausgewählten Untersuchungsobjekte auch für ein Ranking geeignet sind und ob seine Resultate unter Umständen zu unerwünschten dauerhaft negativen Folgen für die Untersuchungsobjekte führen könnten. Also alles in allem ein Plädoyer, mit dem Instrument des Ranking vorsichtiger und folgenbewusster umzugehen – selbst auf das Risiko hin, dass hierdurch die Schatulle des jeweiligen Instituts oder Lehrstuhls einmal weniger gut gefüllt sein sollte.

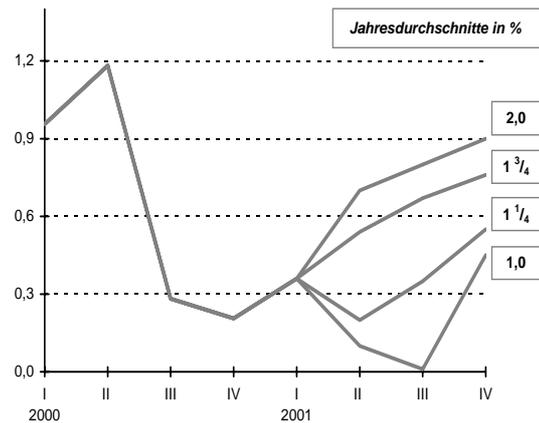
Peter Franz (pfr@iwh-halle.de)

Konjunktur in Deutschland: Talsohle bald durchschritten

Auf der Suche nach dem Tiefpunkt des Abschwungs in Deutschland

Die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich infolge geänderter Rahmenbedingungen eingetrübt. Vor diesem Hintergrund haben viele Institutionen ihre Prognosen korrigiert. Danach bewegt sich der erwartete Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2001 in einer ungewöhnlich großen Spannweite von 1% bis 2%. Die unterschiedlich ausgefallenen Korrekturen erklären sich im Wesentlichen aus der zeitlichen Datierung der Talsohle des Wachstums, ihrer Tiefe und der Annahme über ihre Länge. Je früher die Talsohle erreicht wird, laut einigen Prognosen geschah dies bereits im vergangenen Jahr, desto höher ist das Wachstumstempo in diesem Jahr – je später, desto niedriger ist es. Spätestens im letzten Vierteljahr setzt gemäß aller Prognosen die Erholung ein. Einen Rückgang der Produktion in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen, wie es einer Rezession entsprechen würde, zeigt keine an.

Abbildung:
Hypothetische Wachstumsverläufe des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 2001 - Veränderung gegenüber Vorquartal in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2001: Prognosen.

IWH

Das Jahr 2001 hat für Deutschland konjunkturell so schwach begonnen wie das vorige Jahr endete. Die Abkühlung in der Weltwirtschaft, ausgelöst durch das abrupte Ende des langjährigen Aufschwungs in den USA, hat Europa erreicht, und das Gegengewicht aus dem Inland – deutliche Steuerentlastungen – ist bislang in Deutschland ohne Wirkung geblieben. Die im zweiten Halbjahr 2000 einsetzende und zunächst als vorübergehend eingestufte konjunkturelle Abschwächung mutierte für die deutsche Wirtschaft und den Euroraum zu einem länger anhaltenden Abschwung. Das Bruttoinlandsprodukt wird in Deutschland nach Einschätzung des IWH nur mit 1,7% in diesem – statt 2,1%, wie noch im Frühjahr erwartet, – und mit 2,3% im nächsten Jahr zunehmen; Ostdeutschland bleibt dahinter zurück. Das bedeutet aber keine Rezession.

Besonders stark trifft die Abkühlung der amerikanischen Konjunktur die deutsche Exportwirtschaft. Die Ausfuhren steigen zwar weiterhin, im Durchschnitt des Jahres werden sie aber nur um 6% über dem Vorjahresniveau liegen, nach einem Zu-

wachs von gut 13% im Jahr 2000. Der Beitrag der Außenwirtschaft zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg wird sich jedoch nicht verringern. Mit der allgemeinen Abschwächung der Konjunktur geht auch die Importdynamik zurück.

Für die privaten Haushalte erhöhte sich zwar der finanzielle Spielraum durch die Anfang 2001 in Kraft getretene Reform der Einkommensteuer. Der bislang unerwartet kräftige Anstieg der Lebenshaltungskosten vor allem infolge der Teuerung bei Kraftstoffen und Energie, Fleisch sowie Obst und Gemüse hat jedoch Kaufkraft in einem Maße entzogen, dass die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben real nur wenig, ihre Spareinlagen dagegen stärker als üblich gesteigert haben. Die Kaufzurückhaltung wird mit der Abflachung des Preisanstiegs im weiteren Verlauf dieses Jahres nachlassen, und der private Verbrauch wird 2001 um 1,7% zunehmen.

Die Eintrübung der Absatzerwartungen im Auslands- und Inlandsgeschäft schlägt sich auch in den Investitionsentscheidungen nieder. Die Ausrüstungs-

investitionen werden deshalb in diesem Jahr lediglich um reichlich 4% zunehmen, die Investitionen in sonstige Anlagen um knapp 6%. Für die gewerblichen Bauten führt dies zur Fortsetzung des Rückgangs in einer Größenordnung wie im Vorjahr. Vor allem wegen der ausgeprägten Leerstände in Ostdeutschland werden die Investitionen in den Wohnungsbau mit 6% – und damit stärker als im Jahr zuvor – sinken. Im kommenden Jahr ist mit einer Abflachung des Abwärtstrends bei den Bauinvestitionen zu rechnen. Die Nachfrage im Wirtschaftsbau wird sich erholen, und die Dämpfung im Wohnungsbau wird nachlassen.

Die Abschwächung der konjunkturellen Dynamik macht sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Erwerbstätigkeit erhöht sich kaum noch. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist ins Stocken geraten. Angesichts der schleppenden Konjunktur nimmt die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2002 nur auf 3,6 Millionen ab.

Der geldpolitische Kurs im weiteren Verlauf des Jahres richtet sich in erster Linie an den europäischen Preistrends aus. In dieser Prognose wird erwartet, dass die Wirkung des Ölpreisschocks und der Tierseuchen auf die Teuerungen im weiteren Verlauf dieses Jahres nachlässt und der Lohnanstieg dadurch nicht forciert wird. Inflationsgefahren bestehen nicht, zumal die konjunkturelle Dynamik in Deutschland und im Euroraum in diesem Jahr schwach ist. Der geldpolitische „Unbedenklichkeitswert“ des Preisanstiegs von zwei Prozent wird allerdings erst zu Beginn des kommenden Jahres erreicht. Mit dem rückläufigen Preisanstieg ist eine weitere Senkung der Refinanzierungszinsen zu empfehlen. Die Geldpolitik wird damit zur Stabilisierung des Geldwertes beitragen, ohne den Konjunkturverlauf zu beeinträchtigen. Trotz des hohen Preisanstiegs und der moderaten Lohnsteigerungen verschlechtert sich die Einkommenslage der Arbeitnehmer in diesem Jahr real nicht, weil Steuersenkungen in Kraft getreten sind. Bei den in diesem und im nächsten Jahr anstehenden Lohnverhandlungen kommt es entscheidend darauf an, dass die Tarifparteien den transitorischen Charakter des Preisschubs erkennen und daraus keine überzogenen Lohnforderungen ableiten. So können Zweitrundeneffekte aus dem Ölpreisschock vermieden werden. Ein Verlassen des Pfades der moderaten Tariflohnhebungen würde,

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland im Jahr 2001 und 2002

	2000	2001	2002
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	1,6	1,7	2,2
Staatskonsum	1,4	0,9	1,0
Anlageinvestitionen	2,4	-0,4	2,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,0	4,5	5,6
Bauten	-2,5	-4,5	-0,2
Inländische Verwendung	2,0	1,1	2,0
Exporte	13,2	6,1	7,7
Importe	10,2	4,4	7,1
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,7	2,3
dar.: Ostdeutschland*	1,1	1,5	2,0
Nachrichtlich: Euroraum	3,4	2,3	2,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,0	2,3	2,7
Effektivlöhne je Stunde	2,8	2,6	2,8
Lohnstückkosten ^a	-0,4	0,6	0,6
Preisindex für die Lebenshaltung	1,9	2,5	1,6
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 532	38 784	39 078
Westdeutschland**	32 658	32 940	33 223
Ostdeutschland*	5 874	5 844	5 855
Arbeitslose ^c	3 889	3 804	3 605
Westdeutschland**	2 645	2 564	2 395
Ostdeutschland*	1 244	1 240	1 210
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,2	8,9	8,4
Westdeutschland**	7,5	7,2	6,7
Ostdeutschland*	17,5	17,5	17,1
	<i>in % des BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	1,5 ^e	-1,8	-1,4

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Mit Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ergibt sich ein Überschuss von 36,5 Mrd. DM. Ohne diese Erlöse ergäbe sich ein Defizit und die Defizitquote läge im Jahr 2000 bei 1,2% des Bruttoinlandsprodukts. – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001 Prognose des IWH (Stand: 20. Juni 2001).

wie eine Simulation mit dem makroökonomischen Modell des IWH zeigt, bei einer um einen Prozentpunkt stärkeren Lohnerhöhung als in dieser Prognose angenommen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um knapp einen halben Prozentpunkt nach sich ziehen.

Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bleibt nicht nur real, sondern auch nominal hinter den Eckwerten in der Finanzplanung zurück. Auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite wirken die automatischen Stabilisatoren, und das Haushaltsdefizit fällt größer aus als im Stabilitätsprogramm vorgesehen ist. Solange die Verfehlung der Ziele konjunkturell bedingt ist, tritt sie nur vorübergehend auf und sollte deshalb, um die wirtschaftliche Entwicklung nicht weiter zu schwächen, hingenommen werden. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung sollte dabei allerdings nicht aus den Augen verloren werden. Von wirtschaftspolitischem Aktivismus ist abzuraten.

Internationale Konjunktur

Deutliche Abkühlung der Weltkonjunktur

Das konjunkturelle Expansionstempo hat sich weltweit seit Mitte des vergangenen Jahres merklich verlangsamt. Maßgeblich dafür war insbesondere der Anstieg der Rohölpreise, der zu einem spürbaren Entzug an realer Kaufkraft in den Industrieländern geführt hat und für sich genommen zu einer Dämpfung der Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität beitrug. Hinzu kamen kontraktive Impulse durch die Anhebung der Zinsen im Jahr 2000.

Besonders stark fiel die konjunkturelle Abkühlung in den USA aus, die bis dahin die entscheidende Triebfeder der Weltwirtschaft gewesen waren; in Japan kam die ohnehin nur zögerliche Erholung erneut ins Stocken. In den Sog der nachlassenden weltwirtschaftlichen Expansion gerieten in der Folge insbesondere die asiatischen Schwellenländer, wo die schwächelnde Nachfrage des Auslands bisher kaum durch die Inlandsnachfrage – nicht zuletzt infolge noch immer bestehender, teilweise gravierender Strukturprobleme – kompensiert wird. In Lateinamerika hatte sich die Wirtschaft zwar im vergangenen Jahr insgesamt deutlich erholt; die Verlangsamung der Konjunktur in den USA macht sich hier aber bereits bemerkbar.

In Mittel- und Osteuropa schwächte sich die Expansion im Verlauf des Jahres 2000 – vor allem infolge einer in der Grundtendenz verlangsamten Konjunktur in Westeuropa – ab.

Keine Rezession in den USA

In den USA hat sich die Konjunktur seit der Jahresmitte 2000 merklich abgekühlt. So stiegen Nachfrage und Produktion in der zweiten Jahreshälfte nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 2,8% nach 5,9% zuvor. Ausschlaggebend für den Umschwung waren insbesondere das abrupte Ende des Investitionsbooms sowie die spürbare Abschwächung des privaten Verbrauchs.

Gegenwärtig mehren sich aber die Anzeichen dafür, dass der Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung in den USA im ersten Halbjahr durchschritten wird und im weiteren Verlauf mit einer allmählich wieder zügigeren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung gerechnet werden kann; ein Abgleiten in eine Rezession ist wenig wahrscheinlich. Entscheidend dafür sind die nunmehr deutlich expansiv ausgerichteten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. So hat die amerikanische Zentralbank den Zielzinssatz für Federal Funds in mehreren Schritten gesenkt; überdies gibt die Finanzpolitik mit Steuersenkungen deutliche Konjunktur- und Wachstumsimpulse. Der Sammelindex der US-Frühindikatoren, der Aufschluss über die Entwicklung in den nächsten sechs bis neun Monaten geben soll, ist zuletzt wieder gestiegen, was auf ein moderates Expansionstempo in der zweiten Jahreshälfte 2001 schließen lässt. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,7% und im nächsten Jahr um 2½% steigen.

Noch immer keine durchgreifende Erholung in Japan

Die japanische Wirtschaft expandierte zwar im Jahr 2000 mit 1,7% deutlich stärker als noch im Jahr davor. Die Konjunktur schwächte sich aber im späteren Verlauf – nicht zuletzt infolge des nachlassenden Exportauftriebs sowie eines rückläufigen privaten Verbrauchs – wieder ab. In den ersten drei Monaten dieses Jahres schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt sogar um 0,2%.

Die Belebung der Inlandsnachfrage wird gegenwärtig durch die fortgesetzte Deflation erschwert. Vor diesem Hintergrund hat die japanische Zentralbank einen erneuten Kurswechsel voll-

zogen und ist zur Nullzinspolitik zurückgekehrt, die sie solange beibehalten will, bis der Rückgang der Verbraucherpreise gestoppt ist. Die Wirkungen dieser geldpolitischen Maßnahme dürften aber gering sein. So steht der anhaltende Deflationsprozess der intendierten Ausweitung der Kreditnachfrage durch die Unternehmen und die Haushalte eher entgegen. Auch sind die Akteure weiterhin bemüht, ihre Verschuldung abzubauen. Der Handlungsspielraum der Finanzpolitik ist angesichts des drastischen Anstiegs der Verschuldung der öffentlichen Hand eng begrenzt, sodass von dieser Seite kaum nachfragestützende Impulse erwartet werden können.

Für dieses und das nächste Jahr kann alles in allem mit einer nur moderaten Entwicklung der Wirtschaft in Japan gerechnet werden, wobei allerdings im laufenden Jahr auch ein neuerliches Abgleiten in eine Rezession nicht ausgeschlossen werden kann. Der anhaltende Prozess der Umstrukturierung in den Unternehmen und in den Banken wird die Binnennachfrage zunächst noch dämpfen; lediglich vom Export werden im späteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres Impulse für die Konjunktur ausgehen.

Abkühlung der Konjunktur im Euroraum

Die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum wurde bis zum Sommer des vergangenen Jahres kräftig ausgeweitet. Seitdem hat sich das Tempo der Expansion deutlich verlangsamt; das Bruttoinlandsprodukt nahm im Winterhalbjahr 2000/2001 nur noch um gut 2,4% zu. Im Sommerhalbjahr lag die gesamtwirtschaftliche Expansionsrate noch bei über 3%. Allerdings weisen die einzelnen Euro-Länder ausgeprägte Unterschiede in der zyklischen Position auf. Während in Italien die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind, befindet sich Irland seit Jahren in einer Phase der Hochkonjunktur.

Ausschlaggebend für die konjunkturelle Abkühlung im Euroraum waren insbesondere die schwächere Ausweitung der Binnennachfrage infolge kräftig gestiegener Rohölpreise, die zu einem spürbaren Entzug an realer Kaufkraft führten, sowie die monetäre Straffung durch die Europäische Zentralbank im vergangenen Jahr. So wurde der Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte vor allem im dritten Quartal des vergangenen Jahres deutlich gedämpft, als der Realeinkommensverlust seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Das Wiederanziehen der Konsumausgaben

im vierten Quartal 2000 und im ersten Quartal dieses Jahres dürfte – neben den zwischenzeitlich wieder rückläufigen Rohölnotierungen – in erster Linie auf steuerliche Entlastungen in einer Reihe von Euro-Ländern zurückzuführen sein. Die Investitionsdynamik blieb alles in allem trotz der im Jahresverlauf eingetrübten Absatz- und Ertrags-erwartungen zunächst noch hoch, schwächte sich aber gegen Ende des Jahres deutlich ab. So nahmen die Bruttoanlageinvestitionen im Winterhalbjahr 2000/2001 nur noch um rund 0,7% gegenüber 3,9% im Sommerhalbjahr zu.

Die vor allem zu Beginn des Jahres 2000 noch äußerst günstige konjunkturelle Lage auf den wichtigsten Außenmärkten spiegelte sich in hohen Zuwachsraten der Ausfuhren wider. So konnten die Lieferungen in die USA, in die westeuropäischen Länder außerhalb des Euroraums, in die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sowie nach Südostasien erheblich ausgeweitet werden. Die bis zum Ende des vergangenen Jahres kräftige Dynamik der Ausfuhren ist allerdings zu Beginn dieses Jahres fast völlig zum Erliegen gekommen. Die Importe stiegen während des gesamten Jahres 2000 ebenfalls deutlich; im ersten Quartal 2001 gab es aber einen merklichen Rückgang.

Der Preisanstieg im Euroraum blieb, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), bis zuletzt hoch und lag im Mai dieses Jahres bei 3,4% nach 1,9% im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Maßgeblich dafür waren die anziehenden Rohölnotierungen sowie der Wertverlust des Euro gegenüber dem US-Dollar. Die gestiegenen Energiepreise haben sich zwischenzeitlich allerdings auch auf die Kernrate der Inflation (d. h. unter Ausschluss der Preisentwicklung für Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak), die näherungsweise die zugrundeliegende Inflationsdynamik misst, ausgewirkt. Neben diesen indirekten Effekten der Energiepreissteigerungen dürften die Unternehmen aber auch Preiserhöhungsspielräume, die sich im Zuge der vor allem im ersten Halbjahr 2000 günstigen Konjunkturlage boten, ausgenutzt haben. Gleichwohl haben sich diese Entwicklungen bisher nicht in höheren Lohnforderungen niedergeschlagen.

Expansiv ausgerichtete Finanzpolitik

Das aggregierte Defizit der öffentlichen Haushalte der 12 Euro-Länder konnte im vergangenen Jahr um gut einen halben Prozentpunkt verringert werden und lag bei 0,8% des Bruttoinlandspro-

dukts.¹ Allerdings war die Verbesserung der Haushaltslage fast ausschließlich auf die – vor allem zu Beginn des Jahres – günstige konjunkturelle Lage zurückzuführen. Der Schuldenstand lag im Jahr 2000 bei rund 70% des Bruttoinlandsprodukts und damit noch immer über der im Vertrag von Maastricht festgelegten Obergrenze von 60%. Allerdings zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. So liegt der Bruttoschuldenstand in drei Ländern – Griechenland, Italien und Belgien – noch immer bei über 100% des Bruttoinlandsprodukts, in Irland hingegen nur noch bei knapp 40%.

Von der Finanzpolitik im Euroraum gehen in diesem Jahr infolge umfangreicher Steuersenkungen positive Wirkungen auf die Konjunktur aus. Allerdings dürften diese Effekte im Verlauf des Jahres allmählich auslaufen, und nach den bisherigen Planungen sind im kommenden Jahr nur noch geringfügige steuerliche Impulse zu erwarten. Das Finanzierungsdefizit insgesamt dürfte in diesem Jahr gegenüber 2000 – vor allem auch infolge von Einnahmeausfällen im Zuge der steuerlichen Entlastungen – wieder etwas steigen und im kommenden Jahr dann wieder sinken. Auch hier sind erhebliche Differenzierungen zwischen den Ländern zu beobachten. So werden Griechenland und Spanien in diesem Jahr einen Finanzierungssaldo von Null aufweisen, Belgien erstmals Überschüsse.

Ausblick:

Erholung im nächsten Jahr

Die Frühindikatoren der Konjunktur im Euroraum deuten gegenwärtig darauf hin, dass das Tempo der konjunkturellen Expansion zunächst verhalten bleibt. Zwar war das Konsumentenvertrauen seit Februar dieses Jahres noch relativ stabil; im Mai zeigte sich allerdings auch hier ein merklicher Rückgang. Der Vertrauensindikator für die Industrie hat hingegen seit Jahresbeginn deutlich nachgegeben. Die Umfrageergebnisse signalisieren damit alles in allem eine spürbare Verlangsamung des Zuwachses der Produktion in der ersten Hälfte dieses Jahres.

Ausschlaggebend dafür ist die schwächelnde Auslandsnachfrage. Die Verlangsamung des Nachfrageanstiegs auf den Außenmärkten ist vor allem auf die nachlassende wirtschaftliche Dynamik in

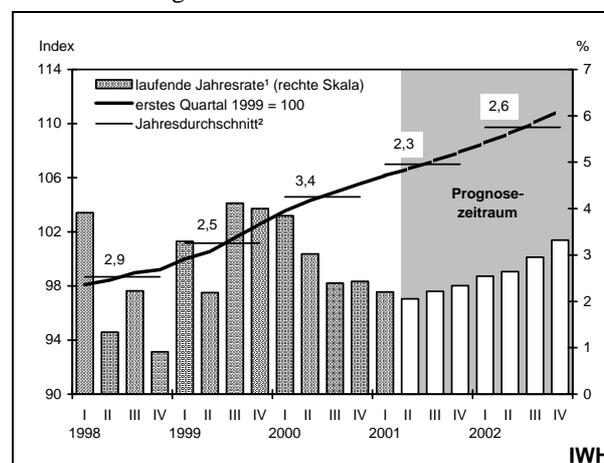
¹ Rechnet man die Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen hinzu, dann ergibt sich ein Einnahmenüberschuss von 0,3% des Bruttoinlandsprodukts.

den USA zurückzuführen. Wegen der sehr engen Verflechtung Südostasiens und Lateinamerikas mit der US-amerikanischen Wirtschaft werden auch die Ausfuhren in diese Regionen weniger stark expandieren. Unter der hier getroffenen Annahme einer gegen Ende dieses Jahres in den USA einsetzenden Erholung werden die Ausfuhren insgesamt dann wieder Anregungen erhalten.

Der private Verbrauch profitierte zu Beginn dieses Jahres von einer Zunahme der verfügbaren Einkommen, die infolge steuerlicher Entlastungen, vor allem in den großen Euro-Ländern, rasch expandierten. Allerdings läuft dieser Einmaleffekt allmählich aus. Die Investitionen werden zunächst noch im Sog der konjunkturellen Abkühlung stehen. Im Zuge der hier unterstellten Aufhellung des weltwirtschaftlichen Umfeldes dürften sich die Absatz- und Ertragserwartungen aber wieder festigen, sodass mit einer kräftigeren Investitionstätigkeit zu rechnen ist. Auch haben sich die Finanzierungsbedingungen angesichts der jüngsten Zinssenkung durch die Europäische Zentralbank wieder verbessert.

Abbildung 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum - Saisonbereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2001: Prognose des IWH.

Der Preisanstieg im Euroraum wird sich im späteren Verlauf dieses Jahres wieder abschwächen. Ausschlaggebend dafür sind vor allem die inzwischen niedrigeren Notierungen an den Rohölmärkten. Allerdings wird die Kerninflation zunächst noch anziehen, da die preistreibenden Effekte der Energievertierung noch eine Weile nachwirken werden.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr um 2,3% und im nächsten Jahr um 2,6% zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sinken, wenn auch weniger stark als im Jahr 2000. Der Verbraucherpreisanstieg verlangsamt sich.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum
- in Preisen von 1995 -

	2000	2001	2002
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	3,4	2,3	2,6
Private Konsumausgaben	2,6	2,0	2,5
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,6	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	4,7	2,5	4,1
Außenbeitrag ^a	0,6	0,0	0,1
Verbraucherpreise ^b	2,4	2,6	1,9
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Budgetsaldo ^c	-0,8	-1,1	-0,8
Bruttoschulden	69,7	68,0	66,4
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,0	8,4	8,1

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Gesamtstaatlich; ohne einmalige Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. – ^d Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH; ab 2001: Prognose des IWH.

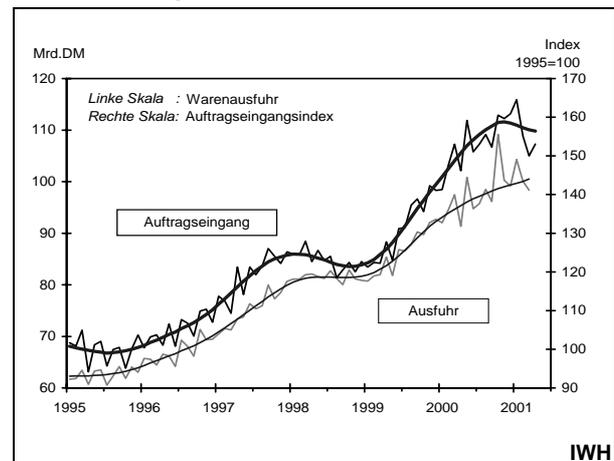
Konjunktur in Deutschland

Exportdynamik lässt nach

Nachdem die Exporte bis zum Ende des vergangenen Jahres kräftig zugelegt hatten – insgesamt wurde das höchste Jahresergebnis seit der deutschen Vereinigung erzielt – hat sich deren Dynamik im Zuge der Eintrübung des weltwirtschaftlichen Klimas in diesem Jahr merklich abgeschwächt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind bereits seit Beginn des Jahres 2001 deutlich abwärtsgerichtet und die Warenausfuhren folgen diesem Trend allmählich.

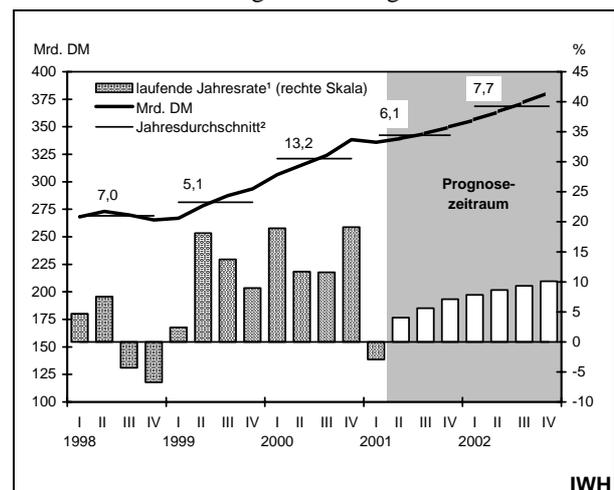
In den ersten vier Monaten des Jahres 2001 nahmen die gesamten Warenexporte (Spezialhandel, nominal) gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar noch um 14,3% zu, auch weil durch die anhaltende Euroschwäche und die damit verbundene Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit die Exportentwicklung noch begünstigt wurde. Jedoch hat sich das Entwicklungstempo insgesamt spürbar verlangsamt.

Abbildung 2:
Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland und reale Warenausfuhr (Spezialhandel)
- Saisonbereinigte Monatswerte und Trend -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 3:
Reale Exporte von Waren und Dienstleistungen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2001: Prognose des IWH.

In die Länder der Europäischen Union, dem Hauptabsatzmarkt für deutsche Exporterzeugnisse, haben die Warenausfuhren im ersten Quartal 2001 gegenüber dem Vorjahresquartal schwächer als im Durchschnitt aller Länder zugenommen.² Noch überraschend hoch waren dagegen angesichts der deutlichen Konjunkturverlangsamung die Warenlieferungen in die USA, auch wenn sich bereits im Verlauf dieses Jahres eine Abflachung des Anstiegs abzeichnet. Stützend dürften sich hier noch die Wechselkursbedingten Wettbewerbsvorteile für deutsche Anbieter infolge des schwachen Euro ausgewirkt haben. Ebenfalls deutlich legten die Exporte in die OPEC-Länder und nach Russland zu. Damit profitieren deutsche Exporteure zum Teil von den höheren Einnahmen rohölfördernder Länder aus dem kräftig gestiegenen Ölgeschäft. Positiv entwickelten sich außerdem die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Reformländer. Die Lieferungen deutscher Unternehmen nach Asien befinden sich noch auf einem relativ hohen Niveau. Jedoch zeichnen sich auch hier bereits Bremsspuren der weltweiten Konjunkturabschwächung ab.

Tabelle 3:
Regionalisierte Exportquoten ausgewählter EWU-Länder im Jahr 2000
- Warenausfuhren in % des BIP (nominal) -

Land	Intrahandel ^a	Extrahandel ^b	dar. USA
Deutschland	16,6	12,7	3,0
Italien	12,1	10,1	2,3
Frankreich	15,4	9,7	2,2

^a Der Intrahandel umfasst hier die Lieferungen in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. – ^b Der Extrahandel umfasst die Lieferungen in die Länder außerhalb der Europäischen Union.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Die Warenimporte sind im Verlauf der ersten vier Monate des Jahres 2001 wertmäßig stärker zurückgegangen als die Warenexporte, auch wenn gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr mit 13,7% ein kräftiger Zuwachs ausgewiesen wird. Rückläufig waren vor allem die Einfuhren aus den OPEC-Ländern, da zwischenzeitlich der Ölpreis etwas nachgegeben hatte.

Die zunächst noch andauernde langsamere Gangart der Weltkonjunktur vor allem infolge der Abkühlung der US-Konjunktur wird auch im wei-

² Die Außenhandelszahlen in regionaler Aufgliederung liegen derzeit nur bis März 2001 vor.

teren Verlauf dieses Jahres zu einer nachlassenden Dynamik des Welthandels führen. An der deutschen Wirtschaft, die in hohem Maße exportorientiert ist und sich auch stärker auf dem amerikanischen Markt engagiert als beispielsweise Frankreich und Italien, wird dies nicht spurlos vorbeigehen. Tempoverluste bei den Ausfuhren sind bereits sichtbar und werden im gesamten Sommerhalbjahr anhalten.

Erst mit der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Klimas zum Ende des Jahres 2001 und im Verlauf des Jahres 2002 werden die Exporte wieder kräftiger zulegen. Mit der in dieser Prognose unterstellten Überwindung der Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar wird sich allerdings der Preisvorteil deutscher Exporteure gegenüber Anbietern vor allem aus dem Dollarraum allmählich verringern. Jedoch wird der etwas geringere Anstieg der Lohnstückkosten in Deutschland gegenüber wichtigen Konkurrenten dazu führen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit hoch bleibt.

Tabelle 4:
Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2000	2001	2002
	<i>in Mrd. DM zu Preisen von 1995</i>		
Exporte	1 283,7	1 361,8	1 466,2
Importe	1 214,1	1 268,1	1 358,6
Außenbeitrag	69,6	93,7	107,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	13,2	6,1	7,7
Importe	10,2	4,4	7,1
<i>Nachrichtlich:</i>			
Terms of Trade	-4,8	-0,6	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Mit der Verstärkung der Binnenkonjunktur besonders im nächsten Jahr und einer wieder aufwärts gerichteten Exportentwicklung wird auch die Nachfrage nach Importgütern deutlich expandieren. Alles in allem wird mit einem Anstieg der realen Einfuhr im Jahr 2002 um rund 7% gerechnet, nach einem Zuwachs von knapp 4½% in diesem Jahr. Die Ausfuhr wird mit etwas höheren Zuwachsraten steigen, sodass der Außenbeitrag insgesamt weiter zunehmen wird.

Abbildung 4:

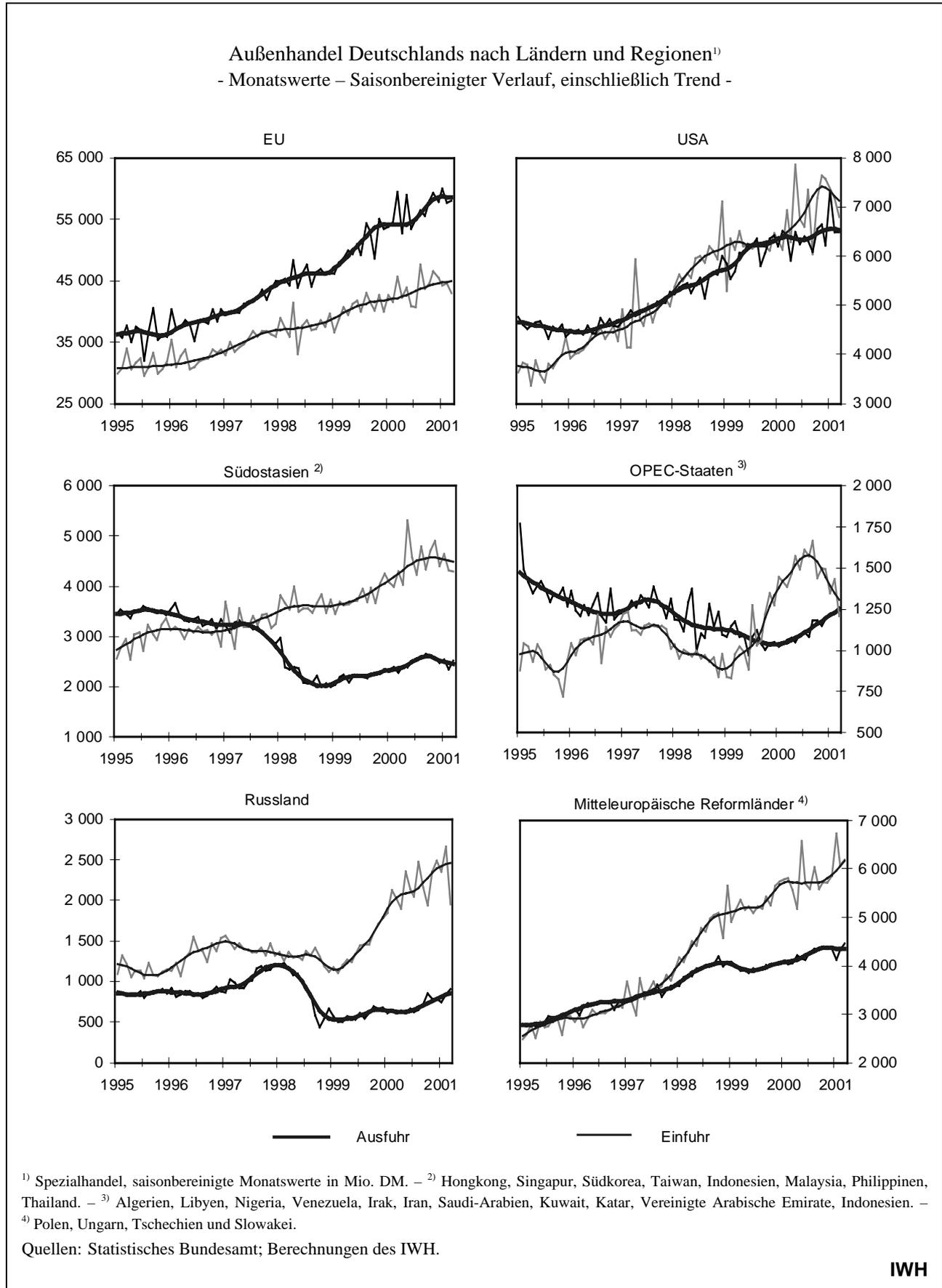


Tabelle 5:
Regionale Entwicklung des deutschen Exports (Spezialhandel)
- in jeweiligen Preisen -

Ländergruppe	1999			2000			1. Quartal 2001		
	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ^a	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ^a	Mrd. DM	Anteile in %	Veränd. in % ^b
Insgesamt	997,5	100,0	25,7	1 167,3	100,0	29,4	312,1	100,0	13,5
<i>darunter:</i>									
EU	573,8	57,5	14,8	659,9	56,5	16,1	176,9	56,7	10,0
darunter: Euro-Länder	449,5	45,1	11,6	518,1	44,4	13,0	139,7	44,8	10,7
Mittel- und osteuropäische Reformländer ^c	69,9	7,0	1,8	84,5	7,2	2,1	22,4	7,2	17,7
Russland	9,9	1,0	0,3	13,0	1,1	0,3	3,7	1,2	50,4
Ostasien ^d	36,7	3,7	0,9	46,9	4,0	1,2	12,1	3,9	18,6
USA	100,6	10,1	2,6	119,8	10,3	3,0	33,6	10,8	17,8
OPEC ^e	17,8	1,8	0,5	21,0	1,8	0,5	5,9	1,9	32,5

^a In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – ^b Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum. – ^c Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn. – ^d Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – ^e Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im vergangenen Jahr sind die Exportpreise und – vor allem ölpreisbedingt – noch stärker die Importpreise gestiegen, sodass sich die Terms of Trade drastisch verschlechtert haben. In diesem und im nächsten Jahr wird sich dieser Trend nicht weiter fortsetzen, weil sich bei den Importpreisen infolge der hier unterstellten Aufwertung des Euro und einer Beruhigung bei den Ölpreisen der hohe Anstieg zurückbilden wird.

Teuerung bremst privaten Konsum

Anders als im Frühjahr erwartet sind die privaten Konsumausgaben im ersten Quartal dieses Jahres als Motor der Konjunktur ausgefallen. Infolge des starken Preisanstiegs bei Energie und Lebensmitteln sind fast zwei Drittel des Ausgabenzuwachses für den Konsum auf die Teuerung entfallen. So hat der private Verbrauch real aufgrund des Kaufkraftentzugs kaum zugenommen, obwohl die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene dritte Stufe der Steuerreform³ im ersten Quartal 2001 die Nettolöhne beachtlich hat ansteigen lassen. Den deutlichen Einkommenszuwachs nutzten die privaten Haus-

halte, um ihre Ersparnisse aufzustocken. Die Sparquote stieg erstmals wieder merklich um einen halben Prozentpunkt von 13,3% auf 13,8%.

In dem Maße, wie der Preisauftrieb nachlässt, wird der Konsum an Schwung gewinnen. Außerdem werden erfahrungsgemäß steuerliche Entlastungen erst mit einer gewissen Verzögerung konsumwirksam. So hat sich die Stimmung der Konsumenten, gemessen mit dem Konsumklimaindikator der GfK Marktforschung, im zweiten Quartal wieder leicht aufgehellt. Beleg dafür sind eine anhaltend hohe Einkommenserwartung und eine stabile Anschaffungsneigung der privaten Haushalte. Auch der Einzelhandelsumsatz legte real im April saisonbereinigt merklich zu und die PKW-Neuzulassungen hielten Schritt mit denen vom Vorjahr. Damit weisen wichtige Indikatoren auf eine leichte Belebung des realen privaten Konsums hin.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2001 wird der private Konsum aufgrund der Impulse aus der Steuerreform, die zu einem beachtlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen führt, deutlicher zulegen. Zudem könnte es zu einem vorübergehenden Konjunkturimpuls kommen, wenn das vorhandene Bargeld in den Haushalten noch vor der Euro-Umstellung zu Mehrkäufen genutzt wird. Auch dürfte die Abschaffung des Rabattgesetzes zusätzliche Käufe anregen.

³ Der Grundfreibetrag wurde auf 14 093 DM angehoben, der Eingangssteuersatz wurde von 22,9% auf 19,9% gesenkt, und der Spitzensteuersatz wurde von 51% auf 48,5% verringert.

Die Budgets der privaten Haushalte steigen in diesem Jahr überdurchschnittlich. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird zwar infolge der moderaten Tariflohnabschlüsse – die tariflichen Stundenlöhne steigen im Jahr 2001 mit rund 2,3% – und des konjunkturbedingt schwächeren Anstiegs der Beschäftigtenzahlen mit 3,0% langsamer als im Vorjahr zulegen. Die Nettolöhne expandieren jedoch infolge der steuerlichen Entlastungen und der weiteren Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte (Arbeitnehmeranteil) mit 4,7% deutlich stärker als im Vorjahr.

Die von den privaten Haushalten empfangenen Transfereinkommen steigen ebenfalls stärker als im Vorjahr. Die wieder lohnorientierte Rentenanpassung zur Jahresmitte hebt die Rentenzahlungen im Vergleich zum Vorjahr kräftiger an. Außerdem wurden beim Erziehungs- und Wohngeld sowie beim BAföG Leistungsverbesserungen wirksam. Darüber hinaus erhielten einkommensschwache Haushalte zum Ausgleich der erhöhten Energiekosten einen einmaligen Heizkostenzuschuss. Unter Einbeziehung der beschleunigt steigenden Selbständigen- und Vermögenseinkommen nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 4,1% deutlich zu; dies entspricht trotz kräftiger Preisentwicklung einem realen Einkommenszuwachs von rund 2%.

Den Realeinkommenszuwachs werden die privaten Haushalte verstärkt zur Ersparnisbildung nutzen. Die Sparquote dürfte nach mehrjährigem Abwärtstrend erstmals wieder im Jahresdurchschnitt steigen. Die privaten Konsumausgaben werden sich somit nominal und real langsamer als die verfügbaren Einkommen erhöhen.

Im Jahr 2002 wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme wieder deutlicher zulegen. Konjunkturbedingt steigt das Arbeitsvolumen, und die Stundentariflöhne werden um 2,7% höher als im Vorjahr sein. Hier ist z. B. bei den anstehenden Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie sowie der Chemischen Industrie im ersten Quartal 2002 ein moderater Tariflohnabschluss von 3% unterstellt. Da die nächste Stufe der Steuerreform erst im Jahr 2003 in Kraft tritt und bis dahin die Steuerprogression voll wirkt, werden sich die Nettolöhne im nächsten Jahr deutlich schwächer entwickeln. Die monetären Sozialleistungen legen nochmals beachtlich zu, insbesondere infolge der stärkeren Rentenanpassung und des um 30 DM erhöhten monatlichen Kindergeldes für das erste und zweite Kind. Dagegen sind die Zahlungen von Arbeitslo-

sengeld und -hilfe bei einem erwarteten Rückgang der Arbeitslosigkeit leicht rückläufig. Alles in allem dürfte im Jahr 2002 die Dynamik der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um einen halben Prozentpunkt geringer als in diesem Jahr ausfallen.

Tabelle 6:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

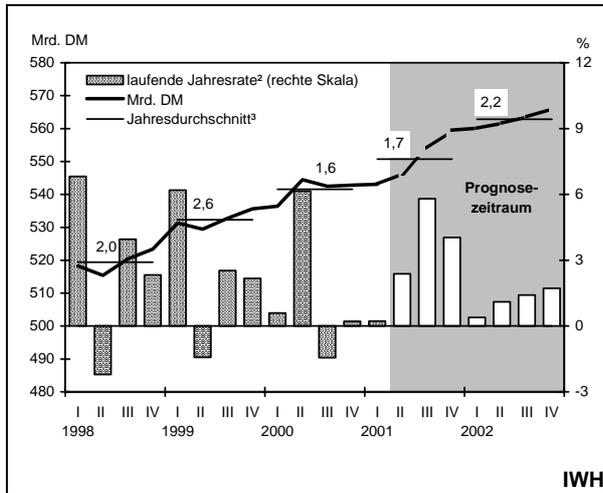
	2000	2001	2002
Verfügbares Einkommen, nominal	2,9	4,1	3,6
<i>darunter:</i>			
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	4,7	2,9
Monetäre Sozialleistungen	1,5	2,3	2,3
Selbständigen, Vermögenseink.	3,4	4,7	4,8
Sparen	1,2	6,5	3,3
Private Konsumausgaben, nominal	3,0	3,8	3,7
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,3	3,0	3,5
Sparquote (in %)	9,8	10,0	10,0
Preisindex des privaten Konsums	1,4	2,1	1,5
Private Konsumausgaben, real	1,6	1,7	2,2

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Der Einfluss der ab dem Jahr 2002 verstärkt geförderten privaten Altersvorsorge auf die Sparneigung der privaten Haushalte lässt sich noch nicht eindeutig vorhersagen. Die Rentenreform dürfte sich weniger auf das Niveau als auf die Struktur der Spareinlagen auswirken (Verschiebung der Ersparnisse in geförderte Anlageformen). Ob die freiwillige private Vorsorge darüber hinaus auch die Haushalte zum Sparen veranlasst, die bis jetzt keine Ersparnisse bilden, bleibt abzuwarten. Somit dürften sich die privaten Konsumausgaben bei gleichbleibender Sparquote nominal und real ähnlich wie die verfügbaren Einkommen entwickeln. Mit nachlassendem Preisdruck, hauptsächlich infolge der rückläufigen Energiepreise, dürften die realen privaten Konsumausgaben mit 2,2% nach zwei schwachen Jahren wieder merklich zulegen.

Abbildung 5:
 Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
 - Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ³⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2001: Prognose des IWH.

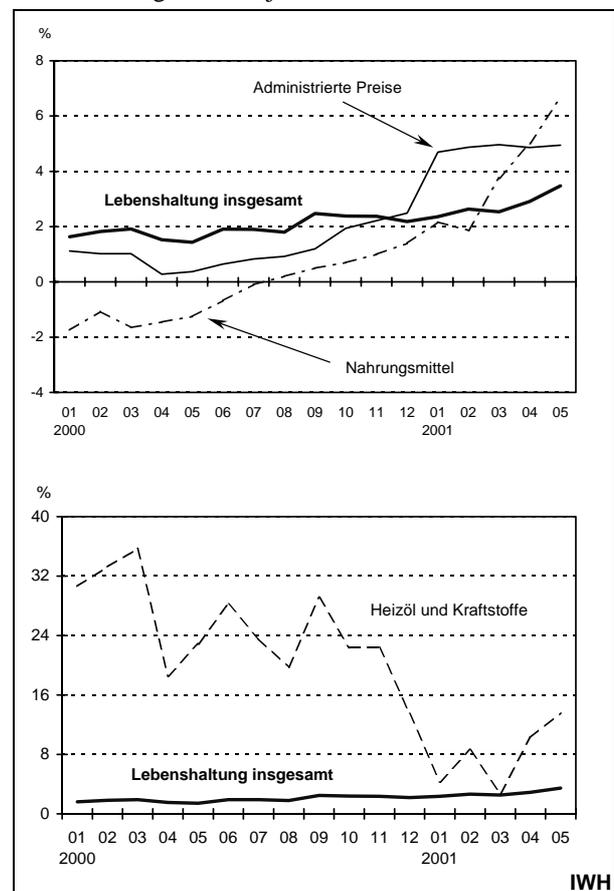
Preisdruck läst allmählich nach

Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind die Lebenshaltungskosten mit 2,8% im Jahresvergleich unerwartet deutlich gestiegen. Die hohen Preise für Gas und Fernwärme, die mit Verzögerung auf den Anstieg der Ölpreise reagieren, die Anhebung der Mineralöl- und Stromsteuer sowie der Kraftfahrzeugsteuer für ältere und weniger schadstoffarme PKW und die Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren zu Beginn des Jahres 2001 führen im ersten Vierteljahr zu einem Anstieg der Verbraucherpreise von 2,5% im Vergleich zum Vorjahr. Die Erwartungen, dass sich die Ölpreise ab dem zweiten Vierteljahr zurückbilden werden und sich das Preisklima wieder beruhigt, haben sich jedoch nicht erfüllt. Das deutliche Anziehen der Ölpreise im April und Mai hat insbesondere die Kraftstoffpreise – auch wegen knapper Raffineriekapazitäten in den USA – im zweiten Vierteljahr beschleunigt steigen lassen. Der zusammengefasste Preisindex für Heizöl und Kraftstoffe nahm in diesem Zeitraum binnen Jahresfrist um rund 10% zu. Dies und die merkliche Erhöhung der Nahrungsmittelpreise im Gefolge der Tierseuchen (um etwa 6%) hat zu einer weiteren Erhöhung der Lebenshaltungskosten im zweiten Vierteljahr von 3,2% geführt. Ohne Berücksichtigung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe liegt der Anstieg des Preisindex der Lebens-

haltung bereits deutlich über der tolerierten mittleren Inflationsrate von 2%.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres läst der Druck auf die Verbraucherpreise allmählich nach. Aufgrund des statistischen Basiseffektes (im Verlauf des zweiten Halbjahres 2000 erreichte der Rohölpreis seinen Höchststand) werden die Preissteigerungen bei Energie, Heizöl und Kraftstoffen im Vergleich zum Vorjahr niedriger ausfallen, selbst wenn der Rohölpreis auf dem jetzigen Stand verharrt. Nur ein nochmaliges Anziehen des Rohölpreises über 30 US-Dollar je Barrel beispielsweise infolge von Verknappungen auf den Weltolmarkten würde eine Entlastung des Preisdruckes seitens der Energiepreise zunichte machen. Auch ist zu erwarten, dass sich die Lebensmittelpreise von ihrem jetzt hohen Niveau, verursacht durch die Krise im Agrarsektor, wieder leicht zurückbilden. Darüber hinaus dürfte ein gefestigter Euro-Dollar-Kurs zum Ende des Jahres 2001 die Importpreise nicht weiter steigen lassen.

Abbildung 6:
 Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex und ausgewählter Komponenten
 - Veränderung zum Vorjahr in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Lohnstückkosten legen zwar in diesem Jahr leicht zu. Von ihnen geht aber kein zusätzlicher Druck auf die Verbraucherpreise aus. Die meisten Tarifabschlüsse laufen noch bis Anfang des nächsten Jahres und sind Ausdruck einer Lohnpolitik, die den Kaufkraftentzug aufgrund des Ölpreisschocks hinnimmt. Alles in allem dürfte der Anstieg der Lebenshaltungskosten in diesem Jahr mit 2,5% um einen halben Prozentpunkt höher als im Vorjahr ausfallen.

Im Jahr 2002 schwächt sich der Preisauftrieb weiter ab und die Verbraucherpreise dürften binnen Jahresfrist um 1,6% zunehmen. Zwar führt die nächste Stufe der Ökosteuer zu Beginn des Jahres für sich genommen zu steigenden Energiepreisen, jedoch dürften preistreibende Effekte aufgrund eines erneuten Ölpreisschocks ausbleiben. Auch wird der Euro, wie hier angenommen, aufwerten und den Anstieg der Importpreise dämpfen. Bei weiterhin – wie ebenfalls unterstellt – moderaten Lohnabschlüssen dürften die Lohnstückkosten nur leicht steigen und keinen Anlass für anziehende Verbraucherpreise bieten.

Ausrüstungsinvestitionen mit vorübergehend geringerer Dynamik

Trotz des kräftigen Zuwachses der Investitionen in Ausrüstungen im Durchschnitt des vergangenen Jahres ist es in dessen Verlauf bereits zu einer Beruhigung der Investitionsaktivitäten gekommen. Auch ein vorübergehender stärkerer Anstieg im ersten Quartal 2001 stellt noch keine Umkehr dieses Trends dar. Maßgeblich für die zurückgehende Dynamik war insbesondere die nachlassende Expansion der Nachfrage nach Export- und Konsumgütern.

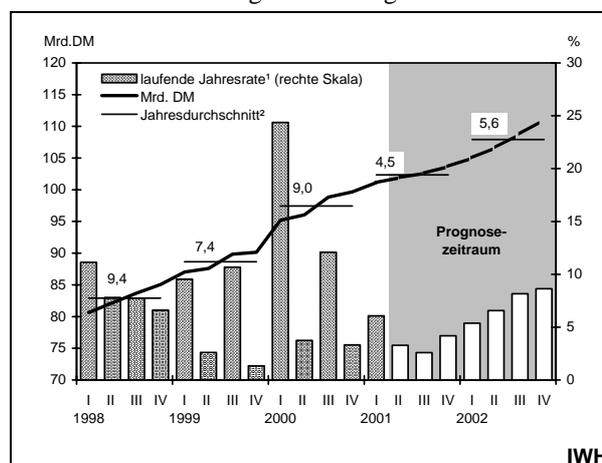
Da mit einer Erholung der Konjunktur erst im späteren Verlauf des Jahres zu rechnen ist, erhalten die Investitionen in neue Ausrüstungen 2001 nur geringe Impulse. Darauf deuten auch die im ersten Quartal des laufenden Jahres zurückgehenden Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, besonders aus dem Ausland, hin. Zudem ist der Auslastungsgrad der Kapazitäten zuletzt leicht gesunken, sodass auch von dieser Seite kein Impuls für Erweiterungsinvestitionen zu erwarten ist. Aus den genannten Gründen werden die Investitionen in Ausrüstungen im laufenden Jahr lediglich um 4,3% zunehmen. Gegen Ende des laufenden Jahres und verstärkt im Jahr 2002 ist mit einer kräftigeren Belebung der Nachfrage aus dem In- und Ausland zu rechnen. Dies dürfte die Unternehmen veranlas-

sen, dann wieder verstärkt zu investieren. Im Jahr 2002 werden die Ausrüstungsinvestitionen daher um rund 5% wachsen.

Von der Kostenseite ist eine stärkere und dauerhafte Schwäche der Investitionstätigkeit nicht zu erwarten. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Prognosezeitraum lediglich moderat steigen, sodass die Lohnstückkosten bei einer geringen Produktionsausweitung nur etwas zunehmen werden. Aufgrund des im Prognosezeitraum sich wenig ändernden Kapitalmarktzinses verlieren Investitionen in Ausrüstungen auch gegenüber Finanzanlagen nicht an Attraktivität.

Von der Unternehmensteuerreform gehen gegenläufige Effekte auf die Ausrüstungsinvestitionen aus. Der Senkung der Steuersätze steht die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen gegenüber. Mit dem Ausbleiben der nachfrageinduzierten Impulse dürfte die Unternehmensteuerreform im Prognosezeitraum eher negative Effekte auf die Investitionstätigkeit haben.

Abbildung 7:
Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2001: Prognose des IWH.

Auch bei den Investitionen in sonstige Anlagen hat die Dynamik zuletzt spürbar nachgelassen. Im ersten Quartal des laufenden Jahres kam es saisonbereinigt gar zu einem Rückgang gegenüber dem Vorquartal. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Eintrübung wurde weniger in neue Software investiert als in der Vergangenheit. In diesem Jahr werden die Investitionen in sonstige Anlagen lediglich um rund 6% steigen. Mit der allgemeinen

wirtschaftlichen Erholung und dem verbesserten Investitionsklima wird sich hier die Dynamik im kommenden Jahr wieder deutlich verstärken, so dass die Investitionen in sonstige Anlagen im Jahr 2002 um 8,7% steigen werden.

Tabelle 7:

Anlageinvestitionen in Deutschland

- Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2000	2001	2002
Ausrüstungsinvestitionen	9,0	4,3	5,1
Sonstige Anlagen	9,7	5,9	8,7
Bauinvestitionen	-2,5	-4,5	-0,2
Wohnbauten	-2,9	-6,0	-0,3
Nichtwohnbauten	-2,0	-2,3	-0,1
Gewerbliche Bauten	-2,6	-2,6	0,4
Öffentliche Bauten	-0,6	-1,7	-1,1
Anlageinvestitionen insgesamt	2,4	-0,4	2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Beschleunigter Rückgang der Bauinvestitionen in diesem, Stabilisierung im nächsten Jahr

Die nun bereits sechs Jahre anhaltende Schwäche am Bau hat sich in diesem Jahr – nach kurzer Unterbrechung im Jahr 1999 – fortgesetzt. Der Rückgang im ersten Vierteljahr war mit 5,7% gegenüber dem Vorquartal außergewöhnlich kräftig. Zum einen ist die Nachfrage im Wohnungsbau, verursacht durch regional bestehende Überkapazitäten, bis zuletzt stark geschrumpft. Zum anderen wurden deutlich weniger öffentliche und gewerbliche Aufträge als noch vor Jahresfrist ausgelöst. Zwar dürfte die Abwärtsbewegung aufgrund witterungsbedingter Behinderungen im ersten Quartal überzeichnet sein. Der gesamtwirtschaftliche Abschwung hat aber wesentlich dazu beigetragen, dass die Nachfrage insbesondere im Nichtwohnbau wieder stark eingebrochen ist. Diese Schwächephase wird konjunkturbedingt im laufenden Jahr ihren Höhepunkt erreichen. Mit einer Abflachung des Abwärtstrends ist frühestens im nächsten Jahr zu rechnen, wenn sich die Nachfragebelebung im Wirtschaftsbau wieder festigt und die vom Wohnungsbau ausgehenden Dämpfungen nachlassen.

Die Baugenehmigungen signalisieren, dass insbesondere die Investitionsneigung der Unterneh-

men und darunter vor allem der Dienstleister wieder etwas zunehmen wird. Vor dem Hintergrund des konjunkturellen Abschwungs und bei dem weiteren Rückgang im ostdeutschen Wirtschaftsbau reichen die belebenden Kräfte im Jahr 2001 allerdings nicht aus, um eine Tendenzwende zu vollziehen. Im kommenden Jahr werden die Impulse im westdeutschen Wirtschaftsbau angesichts wieder anziehender Absatz- und Ertragsaussichten sowie niedriger Zinsen wohl stärker an Boden gewinnen. Die Expansion ist dort aber wegen der nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit 1½% eher verhalten. Bei anhaltenden Rückgängen im Wirtschaftsbau Ostdeutschlands ergibt sich daraus ein geringfügiger Zuwachs von 0,4% in Deutschland.

Der Wohnungsbau bleibt abwärtsgerichtet. Zwar zieht die Immobiliennachfrage in wirtschaftlich zentralen Ballungsräumen des alten Bundesgebietes wieder leicht an⁴, deren Ausmaß ist aber viel zu gering, um eine Trendwende einzuleiten. Insbesondere wird die Nachfrage nach Wohnbauten durch die ausgeprägten Leerstände in Ostdeutschland gedrückt. In diese Richtung wirkt auch die aus der „Steuerreform 2000“ folgende Abnahme der Anreize für private Investitionen im Mietwohnungsbau. Ebenso scheint der Abwärtstrend auf dem Markt für Einfamilienhäuser noch nicht gestoppt zu sein. Die Entzugseffekte im Eigenheimbau nach der gesetzlichen Einschränkung des Kreises der förderungswürdigen Privathaushalte nehmen nur allmählich ab. Bei einer leichten Zunahme der Baumaßnahmen im Gebäudebestand werden die Investitionen in den Wohnungsbau in diesem Jahr um etwa 6% schrumpfen. Im kommenden Jahr hellen sich angesichts steigender Realeinkommen der privaten Haushalte und günstiger Hypothekenzinsen die Aussichten für ein Nachlassen der Nachfrageschwäche im Eigenheimbau etwas auf. Stützend dürfte dann auch das Preisniveau für Immobilien wirken, das selbst in Westdeutschland im Schnitt etwa 6% unter den im Jahr 1995 registrierten Höchstpreisen liegt.⁵ Der dämpfende Einfluss der Wohnungsbauinvestitionen auf die Baunachfrage insgesamt wird dann, wie aus Tabelle 7 ersichtlich, mit einem Rückgang um 0,3% deutlich geringer.

⁴ Vgl. Pressemitteilung des Ring Deutscher Makler vom Deutschen Maklertag am 10. und 11. Mai 2001 in Suhl/Thüringen.

⁵ Vgl. ebenda.

Tabelle 8:
Regionale Entwicklung der Bauinvestitionen
- Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2000	2001	2002
Westdeutschland	-0,5	-3,8	0,5
Wohnbauten	-0,7	-5,0	0,3
Gewerbliche und öffentliche Bauten	-0,2	-1,8	0,8
Ostdeutschland	-8,1	-6,5	-2,5
Wohnbauten	-10,5	-10,0	-3,0
Gewerbliche und öffentliche Bauten	-5,9	-3,4	-2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Die geringeren Steuereinnahmen im Gefolge der Steuersenkung und der Konjunkturflaute werden die Finanzierungsspielräume der öffentlichen Hand einschränken. Insgesamt werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr mit 4½% merklich zurückgehen. Für das nächste Jahr zeichnen sich allerdings Stabilisierungstendenzen ab.

Deutliche Abschwächung des Produktionswachstums

Der im Sommer 2000 einsetzende konjunkturelle Abschwung hielt zu Beginn dieses Jahres an. Im ersten Quartal nahm das Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt nur mit 0,4% zu. Bei den unternehmensnahen und Finanzdienstleistern stieg die Wertschöpfung geringfügig, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr stagnierte sie. Das Verarbeitende Gewerbe konnte zwar im ersten Quartal noch einen relativ kräftigen Produktionszuwachs verbuchen. Danach hinterließ jedoch die spürbare Abkühlung der Weltkonjunktur deutliche Brems Spuren. Betroffen war insbesondere das exportintensive Investitionsgütergewerbe. Die schwächelnde Binnennachfrage traf aber auch die Konsumgüterproduzenten. Im Baugewerbe nahm die Wertschöpfung sogar kräftig ab.

Im zweiten Halbjahr dieses Jahres wird die gesamtwirtschaftliche Produktion – bedingt durch eine leicht steigende Güternachfrage aus dem In- und Ausland – wieder etwas an Dynamik gewinnen. Von der Inlandsnachfrage gehen aber zu wenig Impulse aus, um die Wachstumsbasis zu verbreitern. Im konjunkturellen Kernbereich – dem

Verarbeitenden Gewerbe – wird erst Ende dieses Jahres die Talsohle der Wachstumsschwäche durchschritten sein.

Tabelle 9:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2000	2001	2002
Produzierendes Gewerbe	3,3	1,0	2,5
<i>darunter:</i>			
Verarbeitendes Gewerbe	5,7	3,2	3,8
Baugewerbe	-3,8	-5,9	-1,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	4,2	2,0	2,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5,2	4,8	5,0
Öffentliche und private Dienstleister	1,1	0,5	0,4
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,7	2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Tabelle 10:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2000	2001	2002
Konsumausgaben	1,2	1,1	1,4
Private Haushalte	0,9	0,9	1,2
Staat	0,3	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	0,5	-0,1	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,9	0,5	0,6
Bauten	-0,3	-0,5	0,0
Vorratsveränderung	0,2	0,0	-0,1
Inlandsnachfrage	1,9	1,0	1,9
Außenbeitrag	1,0	0,6	0,4
Exporte	4,0	2,0	2,7
Importe	-3,0	-1,4	-2,3
Bruttoinlandsprodukt ^a	3,0	1,7	2,3

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Die Lohnstückkosten werden zwar im gesamten Prognosezeitraum leicht steigen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird davon aber wenig beeinträchtigt, da sich ähnliche Entwicklungen bei den wichtigsten Wettbewerbern abzeichnen.

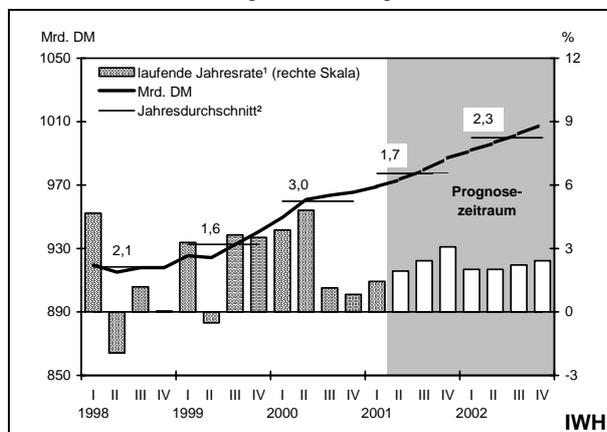
Tabelle 11:
Entwicklung von Produktivität, Arbeitskosten und Lohnstückkosten in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2000	2001	2002
Produktivität ^a	2,9	1,8	1,9
Arbeitskosten ^b	2,5	2,4	2,5
Lohnstückkosten ^c	-0,4	0,6	0,6

^a Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde in Preisen von 1995. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland). – ^c Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001: Prognose des IWH.

Abbildung 8:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2001: Prognose des IWH.

Alles in allem wird in diesem Jahr das Bruttoinlandsprodukt um 1,7% und im Jahr 2002 um 2,3% gegenüber dem Vorjahr zunehmen. In Ostdeutschland fällt der Produktionszuwachs in beiden Jahren mit 1,5% bzw. 2% etwas geringer aus.⁶

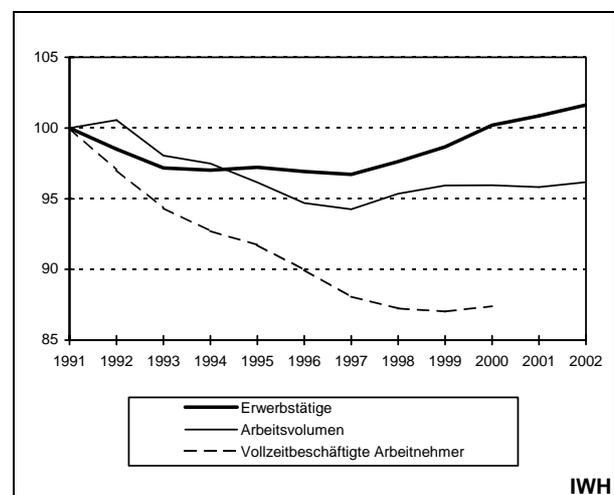
Konjunkturelle Verlangsamung erreicht den Arbeitsmarkt

Der konjunkturelle Abschwung hat zu Jahresbeginn mit der üblichen Verzögerung den Arbeitsmarkt erreicht. Im ersten Quartal dieses Jahres nahm die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt

⁶ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Trotz weltweiter Konjunkturschwäche verstärkt sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland etwas, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7-8/2001, S. 164-180.

gegenüber dem Vorquartal kaum mehr zu. Der Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit kam ins Stocken. Seit Januar dieses Jahres steigt die registrierte Arbeitslosigkeit sogar wieder. Beeinflusst wurde diese Entwicklung auch durch die spürbare Rückführung von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen. So war die Zahl der durch Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen geförderten Personen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 65 000 Personen geringer als im Vorjahreszeitraum.

Abbildung 9:
Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen von 1991 bis 2002 in Deutschland
- 1991 = 100 -



Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Autorenkollektiv: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2001; S. 24; ab 2001: Prognose des IWH.

Mit dem wieder kräftigeren Zuwachs der Produktion in der zweiten Jahreshälfte wird sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt stabilisieren. Die Zahl der Erwerbstätigen wird – bedingt durch den hohen Beschäftigungsstand am Ende des Jahres 2000 – im Durchschnitt des Jahres 2001 um etwa 250 000 Personen über dem Vorjahresniveau liegen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der gesamtwirtschaftliche Arbeitseinsatz – gemessen am geleisteten Arbeitsvolumen – gegenüber dem Vorjahr stagniert. Dies bedeutet, dass sich auch künftig der Anteil der „klassischen“ Teilzeitarbeitsplätze sowie der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten von Vollzeitarbeitsplätzen weiter erhöhen wird.

Tabelle 12:
Eckdaten zum Arbeitsmarkt in Deutschland
- Inländerkonzept -

	1998	1999	2000	2001	2002
	<i>in 1 000 Personen</i>				
Erwerbsfähige ^a	55 991	55 952	55 844	55 713	55 603
Erwerbstätige in Deutschland (Inland)	37 540	37 942	38 532	38 784	39 078
Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt	37 156	37 512	38 219	38 509	38 793
<i>Pendlersaldo</i>	<i>61</i>	<i>63</i>	<i>66</i>	<i>68</i>	<i>69</i>
Erwerbstätige aus Deutschland (Inländer)	37 479	37 879	38 466	38 716	39 009
Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt	37 095	37 449	38 153	38 441	38 724
Unterbeschäftigung ^b	5 378	5 232	4 916	4 812	4 650
<i>Arbeitslose</i>	<i>4 279</i>	<i>4 099</i>	<i>3 889</i>	<i>3 804</i>	<i>3 605</i>
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	<i>105</i>	<i>92</i>	<i>104</i>	<i>105</i>	<i>98</i>
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	<i>52</i>	<i>50</i>	<i>46</i>	<i>44</i>	<i>44</i>
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	<i>384</i>	<i>430</i>	<i>313</i>	<i>275</i>	<i>285</i>
<i>Teilnehmer an Beruflicher Weiterbildung in Vollzeitäquivalenten</i>	<i>324</i>	<i>333</i>	<i>324</i>	<i>345</i>	<i>365</i>
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	<i>28</i>	<i>27</i>	<i>28</i>	<i>25</i>	<i>25</i>
<i>Vorruheständler^d</i>	<i>206</i>	<i>201</i>	<i>192</i>	<i>186</i>	<i>188</i>
<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>20</i>	<i>28</i>	<i>40</i>
Erwerbspersonenpotential ^e ohne Stille Reserve	42 421	42 631	43 003	43 181	43 290
	<i>in %</i>				
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	75,8	76,2	77,0	77,5	77,9
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	66,3	66,9	68,3	69,0	69,6
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	66,9	67,7	68,9	69,5	70,2
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	12,7	12,3	11,4	11,1	10,7
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	81,5	80,1	81,2	81,2	79,6
Arbeitslosenquote ^k	10,5	10,0	9,4	9,2	8,7

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Summe aus den nachstehenden Kursivwerten. – ^c Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Da Kurzarbeiter sowie Personen in Altersteilzeit bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, wird der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit sowie Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten vom Erwerbspersonenpotential subtrahiert, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH; 2001 und 2002: Prognose des IWH.

Anmerkung: Die Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangegangener Erwerbstätigkeit werden ab sofort in der Arbeitsmarktbilanz nicht mehr gesondert ausgewiesen, da sie gemäß den Konventionen des ESVG 95 in der Erwerbstätigenzahl enthalten sind.

Damit wird die Schere zwischen der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und dem geleisteten Arbeitsvolumen zunehmend größer. Inwiefern eine Verbesserung am Arbeitsmarkt zu beobachten ist, kann letztlich erst an Hand der Veränderung des geleisteten Arbeitsvolumens beurteilt werden.⁷

Im Zuge der zunehmenden konjunkturellen Belebung im Jahr 2002 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird – bei einem Anstieg des geleisteten Arbeitsvolumens von etwa 0,4% – um gut 290 000 Personen zunehmen. Die registrierte Arbeitslosigkeit bildet sich um etwa 200 000 Personen zurück.

Auch im kommenden Jahr wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gestützt. Mit 285 000 Personen in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen werden 10 000 Personen mehr gefördert als im Jahr 2001. Davon entfallen 210 000 subventionierte Arbeitsplätze auf Ostdeutschland. Auch die Zahl der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung wird das Vorjahresniveau etwas übertreffen.

Die Rückkehr zu einer günstigeren Arbeitsmarktentwicklung unterstellt, dass die Tariflohnabschlüsse für das Jahr 2002 moderat bleiben. Sie werden allerdings insgesamt etwas höher ausfallen als in den Jahren 2000 und 2001.

Konsolidierung kommt voran, wenn auch schleppend

Die Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr lediglich mit 0,4% zunehmen – vor allem wegen der verhaltenen Entwicklung der Steuereinnahmen. Während die Produktions- und Importabgaben mit 4,1% steigen, sinken die Einkommen- und Vermögensteuern um 7,7%. Verantwortlich hierfür ist zum einen die „Steuerreform 2000“, die in diesem Jahr zu Einnahmeausfällen in Höhe von rund 45 Mrd. DM führt. Hinzu kommt, dass sich die konjunkturelle Entwicklung immer mehr eingetrübt hat, sodass die im Steuersystem angelegten automatischen Stabilisatoren wirken. Mit der Abschwächung der reformbedingten Einnahmeausfälle und der Belebung der konjunkturellen Entwicklung werden die Steuereinnahmen im kommenden Jahr dann wieder mit 5,2% kräftiger zule-

gen. Die Einkommen- und Vermögensteuern steigen dabei mit 6% und die Produktions- und Importabgaben mit 4,4%.

Den Einnahmeausfällen wirken im laufenden Jahr einige Sondereffekte entgegen. So kommt es zu hohen Rückflüssen aus Brüssel, da der Ausgabenrahmen im EU-Haushalt im vergangenen Jahr nicht ausgeschöpft worden war. Zudem ist mit einem unerwartet hohen Bundesbankgewinn im laufenden Jahr mit rd. 16 Mrd. DM (nach 7,6 Mrd. DM im vergangenen Jahr) zu rechnen. Letzterer wird voraussichtlich auch im kommenden Jahr auf hohem Niveau bleiben.

Die Staatsausgaben steigen in diesem Jahr – bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen im Jahr 2000 – um 2,1%; im kommenden Jahr werden sie um 2,4% zunehmen. Damit legen sie in beiden Jahren erneut langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt zu. Überdurchschnittlich nehmen die Ausgaben für Vorleistungen und soziale Sachleistungen mit 2,5% beziehungsweise mit 3,2% zu. Die monetären Sozialleistungen steigen im laufenden Jahr um 2,2%. Ursächlich hierfür ist zum einen die Anhebung einzelner Leistungen, wie des Wohngelds und der Zahlungen im Rahmen des BAföG, aber auch die Gewährung der Heizkostenpauschale für einkommensschwache Familien infolge der Preissteigerungen beim Rohöl. Im kommenden Jahr steigen die monetären Sozialleistungen um 2,3%. Hierzu tragen auch die Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind im Rahmen des zweiten Gesetzes zur Familienförderung um jeweils 30 DM je Kind sowie die Erhöhung der Renten bei. Gedämpft wird der Anstieg der Transfers allerdings durch den wieder stärkeren Abbau der Arbeitslosigkeit. Trotz einer nach wie vor mangelhaften Infrastrukturausstattung im Osten Deutschlands und einer sich weiter verschlechternden im Westen werden sich die staatlichen Investitionen im Prognosezeitraum mit einem Anstieg von 1,8 bzw. 0,4% nur verhalten entwickeln

Vor allem wegen der konjunkturbedingt etwas kräftigeren Ausgabensteigerungen und schwächeren Einnahmenezuwächse – als in den Haushaltsplanungen enthalten – wird die Defizitquote⁸ im laufenden Jahr nicht bei 1,5% sondern bei 1,8% liegen. Im nächsten Jahr wird sie 1,4% betragen.

⁷ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Jahresausblick 2001: Steuerreform hält deutsche Konjunktur in Schwung in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2001, S. 10.

⁸ Die Defizitquote ist die Relation des Finanzierungssaldos in Abgrenzung der VGR zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Zur Wirtschaftspolitik

Geldpolitik nicht unter Zugzwang

In Anbetracht der gegenwärtigen Konjunkturschwäche im Euroraum sieht sich die Europäische Zentralbank (EZB) mit der Forderung konfrontiert, mit weiteren Zinssenkungen zur konjunkturellen Belebung beizutragen. Die Geldpolitik steht aber in der gegenwärtigen Konjunkturphase nicht unter Zugzwang, da der Konjunkturabschwung weder durch einen zu engen monetären Rahmen, noch durch zu hohe Finanzierungskosten ausgelöst worden ist. So liegen die langfristigen Zinsen mit 5% sowie die Geldmarktzinsen mit 4,5% bereits auf einem niedrigen Niveau. Eine weitere Absenkung der Geldmarktzinsen um 25 oder selbst um 50 Basispunkte würde vor diesem Hintergrund keinen starken Konjunkturimpuls auslösen.

Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum wird 2001 nach dieser Prognose bei 2,3% liegen, wobei im Verlauf des zweiten Halbjahres wieder eine Beschleunigung erwartet wird. Dahinter steht die Annahme, dass sich die weltwirtschaftliche Entwicklung allmählich wieder festigen wird und auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte – insbesondere beim privaten Verbrauch – wieder stärker expandieren. Die Prognose eines konjunkturellen Umschwungs lässt eine weitere geldpolitische Lockerung, auch angesichts der ohnehin bestehenden Wirkungsverzögerungen geldpolitischer Maßnahmen, damit wenig dringlich erscheinen.

Unangemessen wäre es, der EZB den Kurs der amerikanischen Geldpolitik zur Nachahmung zu empfehlen. Die Federal Reserve Bank hat im Verlauf dieses Jahres den Geldmarktsatz, die Federal Funds Rate, bisher um 275 Basispunkte auf 3,75% herabgeschleust – unter ausdrücklichem Verweis auf die dortige Konjunkturschwäche. Aber erstens waren die amerikanischen Zinssätze mit 6,5% in der Spitze deutlich höher als im Euroraum, sodass die monetären Zügel in den USA gestrafft waren und eine gewisse Lockerung geboten schien. Zweitens war die Wucht des amerikanischen Konjunkturabschwungs – so ging die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 5,6% bis auf 1,3% binnen Jahresfrist zurück – im Vergleich zum Euroraum viel stärker. Drittens ist ohnehin zu bezweifeln, dass die konjunkturelle Wende in den USA allein mit der Zinssenkung zu schaffen ist, da im konjunkturellen Abschwung die Gewinne rückläufig sind. Solange Gewinne und Gewinner-

wartungen nach unten gerichtet bleiben, wird die monetäre Lockerung verpuffen. Die Hoffnung, über die Wirkungskette „sinkende Zinsen – steigende Aktienkurse – stimulierender Vermögenseffekt“ die Konjunktur anregen zu können, bleibt trügerisch. Solange der Optimismus bei den Aktienkursen nicht tatsächlich auch durch steigende Gewinne seine Rechtfertigung erfährt, besteht ein Rückschlagspotential.

Für die EZB gilt, dass sie keinem Vorbild zu folgen braucht, sondern sich an der wirtschaftlichen Situation im Euroraum orientieren muss. Der geldpolitische Kurs richtet sich in erster Linie an den europäischen Preistrends aus. Die Prognose des IWH hierzu beruht auf zwei Einschätzungen: Erstens wird davon ausgegangen, dass der Teuerungsschub in der ersten Hälfte 2001 auf Sondereffekten beruht, die allmählich auslaufen werden (Nahrungsmittelpreise, Energiepreise). Der Konjunkturabschwung wird sich dämpfend auf die Preisbewegungen auswirken. Zweitens wird unterstellt, dass die bisherigen Preissteigerungen nicht zu nennenswerten Zweitrundeneffekten⁹ führen. Unter diesen Annahmen ist mit einem allmählichen Rückgang in der Preissteigerungsrate von derzeit über 3% bis unter 2% zu rechnen. Allerdings wird der geldpolitische „Unbedenklichkeitswert“ von 2% erst zum Beginn des kommenden Jahres erreicht werden. Mit Blick auf den im Prognosezeitraum rückläufigen Preisanstieg ist eine weitere Senkung der Refinanzierungszinsen zu empfehlen. Bei einer Inflationsrate von schließlich 2% wäre ein Zinsniveau in der Größenordnung von rund 4% angemessen. Mit einem solchen zinspolitischen Kurs trüge die Geldpolitik zur Stabilisierung des Geldwertes bei, ohne eine konjunkturell unangebrachte Restriktion auszulösen.

Eine grundlegend andere geldpolitische Empfehlung wäre dann zu geben, wenn Europa zusammen mit den USA vor der Gefahr einer Rezession stünde. In diesem Fall wären alle konjunkturpolitischen Register zu ziehen, zu denen auch eine deutlich expansiv ausgerichtete Geldpolitik zählen würde. Ein solches Rezessionsszenario liegt dieser Prognose aber nicht zugrunde.

Probleme entstünden, sollte sich die Annahme einer trotz erhöhter Preissteigerungen weiter moderaten Lohnentwicklung als zu optimistisch erwei-

⁹ Mit Zweitrundeneffekten wird ein zusätzlicher Preisniveauanstieg bezeichnet, der aus Tarifabschlüssen resultiert, die eine Kompensation für eine an sich temporäre Teuerung enthalten.

sen. Käme es anders, würden also die Nominallöhne unter dem Eindruck der Preissteigerungen deutlich angehoben, geriete die EZB in ein echtes Dilemma: sie müsste in einer labilen Konjunkturlage dem Lohn-Preis-Auftrieb mit einer Zinserhöhung gegenwirken, allen konjunkturellen Risiken zum Trotz.

Lohnpolitik – moderaten Kurs auf mittlere Frist halten!

Die derzeit geltenden, für zwei Jahre abgeschlossenen Tarifvereinbarungen haben wesentlich zum Beschäftigungsanstieg im vergangenen Jahr beigetragen. Hervorzuheben ist auch, dass es nach dem Ölpreisschock nicht zu Nachverhandlungen gekommen ist. Der durch die Verschlechterung der Terms of Trade verursachte Realeinkommensverlust – die Kaufkraft der Bruttolöhne und -gehälter sinkt in diesem Jahr real – wurde hingenommen. Verteilungskonflikte kamen nicht auf, auch weil sich die Nettolöhne dank der Steuersenkungen zu Jahresbeginn deutlich erhöht haben. Sie wie auch die verfügbaren Einkommen je Einwohner nahmen real sogar zu. Vor diesem Hintergrund gibt es auch keinen Grund, in den anstehenden Lohnrunden im Herbst dieses und im Verlauf des kommenden Jahres Nachforderungen zum Ausgleich der hohen Teuerung bei Energie und Lebensmitteln zu stellen. Die Lohnabschlüsse sollten sich wie in der vergangenen Runde am Produktivitätsfortschritt und dem unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus orientieren. Zweitrundeneffekte mit all ihren negativen Konsequenzen für die Preisentwicklung und die Konjunktur können so vermieden werden.

Tabelle 13:
Entwicklung der Realeinkommen^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	1999	2000	2001
Bruttorealohn je Arbeitnehmer	0,6	-0,4	-0,2
Nettorealohn je Arbeitnehmer	0,7	0,0	1,4
Real verfügbare Einkommen ^b	2,0	0,9	1,6

^a Deflationiert mit dem Preisindex der Lebenshaltung – ^b Angabe pro Einwohner.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2001: Prognose des IWH.

Ein Abgehen vom moderaten Lohnkurs hätte auch Konsequenzen für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Um dies abzuschätzen, hat das IWH

die Wirkungen höherer Lohnzuwächse auf Produktion und Beschäftigung mit seinem makroökonomischen Modell simuliert. Dabei wird für 2001 eine um 1 Prozentpunkt stärkere Zunahme der Tariflöhne als in der Prognose angenommen unterstellt.

Tabelle 14:
Simulationsergebnisse

- Wachstumsraten und Arbeitslosenquote als Differenz zum Basisszenario in Prozentpunkten -

	2001	2002	2003
Privater Konsum	0,3	-0,1	-0,1
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,3	0,0
Importe	0,2	-0,1	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	-0,1
Konsumentenpreis	0,0	0,1	0,1
Arbeitslosenquote	0,2	0,4	0,4

Quelle: Berechnungen des IWH.

Stärkere Lohnsteigerungen führen danach unmittelbar zu einer höheren Wachstumsrate der Konsumausgaben, die anfänglich um bis zu 0,3 Prozentpunkte höher als im Basisszenario liegt. Der Effekt auf die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ist jedoch geringer zu veranschlagen: Zum einen kommt es zu Sickerverlusten aufgrund einer steigenden Importnachfrage. Zum anderen ist eine schwächere Investitionstätigkeit zu erwarten. Da die Lohnsteigerungen nicht in entsprechenden Preiserhöhungen weitergegeben werden, sind die Unternehmensgewinne rückläufig.

In den Folgeperioden überwiegen die kontraktiven Effekte. Die Kostensteigerungen führen zu einer Abnahme der Beschäftigung. Damit ist die anfängliche Beschleunigung der Konsumausgaben nicht von Dauer. Die Arbeitslosenquote pendelt sich auf einen Wert ein, der um 0,4 Prozentpunkte, das wären etwa 170 000 mehr Arbeitslose, über dem Niveau vom Basisszenario liegt. Die Wachstumsrate der Produktion bleibt im Simulationszeitraum nahezu erhalten. Allerdings impliziert der Anstieg der Arbeitskosten eine verstärkte Substitution des Faktors Arbeit durch den Faktor Kapital. Die temporär höheren Lohnforderungen führen somit im Ergebnis zu einem Anstieg der Arbeitsproduktivität aufgrund von Entlassungen. Der Produktivitätsanstieg dämpft die Lohnstückkosten, sodass auch längerfristig keine bedeutende Zunahme der Inflation zu erwarten ist.

Herausforderungen an die Finanzpolitik nehmen zu

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sieht bis zum Jahr 2004 einen durchschnittlichen Anstieg der Staatsausgaben von 2% vor. Diese Rate wird in beiden Jahren laut der hier präsentierten Konjunkturprognose übertroffen. Die Ausgabenquote soll nach den Zielen des Stabilitätsprogramms im Jahr 2002 bei 45½% liegen. Nach der vorliegenden Prognose wird sie allerdings nur auf rund 47% sinken. Im laufenden Jahr wird die Defizitquote 1,8%, im nächsten Jahr 1,4% betragen. Die im Stabilitätsprogramm angestrebte Quote von 1½% in diesem und 1% im nächsten Jahr wird damit ebenso verfehlt. So stellt sich die Frage, ob die im Stabilitätsprogramm angelegte mittelfristige Konsolidierungsstrategie nicht hinfällig geworden ist und ob Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.

Feststellen lässt sich, dass gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung ein deutliches Risikopotential besteht. Das Stabilitätsprogramm basiert auf einem durchschnittlichen Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 4%. Diese Rate wird im Prognosezeitraum in beiden Jahren – konjunkturbedingt – unterschritten.

Die aktuelle Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist unproblematisch, wenn man davon ausgehen kann, dass die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im weiteren Verlauf des Finanzplanungszeitraums höher liegt. Kann man davon nicht ausgehen, sind weitere Anstrengungen unumgänglich, wenn die Ausgabenziele erreicht werden sollen. Dann muss man sich aber darüber im Klaren sein, dass konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Ausfluss von im Finanzsystem angelegten automatischen Stabilisatoren sind – wodurch letztendlich auch Konjunkturschwankungen geglättet werden sollen. Reagiert man auf zunehmende öffentliche Defizite mit entgegengerichteten finanzpolitischen Maßnahmen, beispielsweise mit Ausgabenkürzungen, werden die Schwankungen hingegen verstärkt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung müssen daher die steigenden öffentlichen Defizite hingenommen werden.

Auch mittelfristig ist die Frage zu klären, ob das vorgelegte Stabilitätsprogramm eingehalten werden kann. Dazu wäre es unumgänglich, nach Überwindung der konjunkturellen Schwäche das Ausgabenwachstum stärker zu begrenzen und so über den gesamten Finanzplanungszeitraum ein

Ausgabenwachstum von durchschnittlich 2% zu erreichen. Bei einer entsprechenden Entwicklung der Steuereinnahmen könnten so die mit dem Stabilitätsprogramm angestrebten Ziele noch erreicht werden. Eine andere Frage ist aber, ob diese Zielvereinbarungen auch in jedem Fall eingehalten werden sollten. Dafür spricht sowohl die gegenüber der EU-Kommission eingegangene Verpflichtung als auch die Gefahr, das Vertrauen der Märkte in die zur Zeit schwächelnde Einheitswährung zu erschüttern, wenn ein Mitgliedsstaat nach dem anderen Zweifel an der Solidität seiner Finanzpolitik aufkommen lässt. Allerdings basiert das Stabilitätsprogramm auf einer Reihe von Annahmen. Wesentlich ist dabei ein Wachstumspfad des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 3¼% im Jahre 2000, 4¼% im Jahre 2001 und 4% in den Jahren 2002 bis 2004. Im Jahr 2000 wuchs das nominale Bruttoinlandsprodukt aber lediglich um 2,6%, im Prognosezeitraum wird ein Zuwachs von 3% beziehungsweise 3½% erwartet. Zum Ende dieses Jahres wird die Bundesregierung eine Aktualisierung ihres Stabilitätsprogramms vorlegen. Im Vorfeld bedarf es dazu einer Aktualisierung der zu Grunde gelegten Wirtschaftsprognose. Schließt sich die Regierung den geänderten Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung an, so wird sie das Stabilitätsprogramm entsprechend korrigieren müssen.

Eine Anpassung des Stabilitätsprogramms an geänderte wirtschaftliche Eckdaten bedeutet aber nicht, dass in den Konsolidierungsanstrengungen nachgelassen werden darf. Ein mittelfristiger Konsolidierungspfad ist auch in Zukunft unabdingbar. Dabei sollte die Konsolidierungsstrategie allerdings nicht – wie im Rahmen des Sparprogramms – vorrangig quantitativ ausgerichtet sein, sondern qualitative Aspekte sollten in den Vordergrund gestellt werden. So nimmt – trotz des Anstiegs der Gesamtausgaben – der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt auf 1,7% im Jahr 2002 ab. Ihr Anteil an den gesamten Staatsausgaben wird auf 3,6% gesunken sein, nach 3,9% im Jahre 2000. Die Vorleistungskäufe pendeln hingegen immer noch bei 8,3%. Und auch der Anteil der Zinsausgaben wird am Ende des Prognosezeitraums noch fast 7% ausmachen – und zwar trotz der Verwendung der UMTS-Erlöse zur Schuldentilgung.

Die konjunkturelle Schwächephase hat Forderungen nach finanzpolitischen Reaktionen laut werden lassen. Neben Ausgabenprogrammen, mit denen die Wirtschaft stimuliert werden soll, wurde

ein Vorziehen der für die Jahre 2003 und 2005 beschlossenen Stufen der „Steuerreform 2000“ angeht. Alle diese Maßnahmen würden zum einen die Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre konterkarieren. Zum anderen muss gesehen werden, dass diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen meist den Nachteil haben, dass sie mit zeitlicher Verzögerung greifen und dann die Gefahr besteht, dass sie in einer späteren wirtschaftlichen Entwicklungsphase eine prozyklische Wirkung entfalten. Die IWH-Prognose geht davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft bereits im zweiten Halbjahr des Jahres wieder erholt. Ausgabenprogramme könnten schwerlich vorher wirken, die geforderten steuerpolitischen Maßnahmen können erst zum 1. Januar 2002 in Kraft treten. Von einer konjunkturell motivierten Finanzpolitik ist daher abzuraten.

Das IWH hält jedoch an seiner Einschätzung fest, dass mit Blick auf Wachstum und Beschäftigung weitere steuerliche Entlastungen dringend angeraten sind. Ein Vorziehen der Steuerreformstufen aus dieser – wachstumspolitischen – Motivation wäre zu begrüßen. Auch wäre eine Nachbesserung der Reform hinsichtlich der von ihr ausgehenden steuerlichen Anreize (Bevorzugung von Unternehmen aufgrund ihrer Rechtsform, Bevorzugung bestimmter Finanzierungsformen usw.) anzuraten. Gelingt es, die so verbesserten wirtschaft-

lichen Rahmenbedingungen in ein Plus an wirtschaftlicher Aktivität umzusetzen, würden zugleich die Staatsfinanzen davon profitieren – auch wenn die anfänglichen Steuerausfälle den Konsolidierungsbestrebungen entgegenstehen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Entwicklung der öffentlichen Finanzen die mittelfristigen Zielvorstellungen der Bundesregierung verfehlt. Dennoch lassen sich deutliche Fortschritte auf dem Wege der Haushaltskonsolidierung ausmachen. Soweit die Zielabweichungen auf der konjunkturellen Schwäche beruhen, sind sie vorübergehender Natur und sollten hingenommen werden. Dies trüge zur Verstetigung der Finanzpolitik bei und hätte damit positive Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es besteht kein Grund für übereilten wirtschaftspolitischen Aktionismus.

Arbeitskreis Konjunktur

*Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,
Christian Dreger, Ruth Grunert,
Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Michael Seifert, Klaus Weyerstraß
und Udo Ludwig*

(Redaktionsschluss: 20. Juni 2001)

* * *

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2001		2002	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,6	0,7	0,8	0,8	0,5	0,6	0,9
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,6	-0,5	-0,4	-0,4	-0,5	0,0	-0,8
Arbeitstage	-0,9	-0,3	0,0	-0,5	-0,1	-0,7	0,7
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,0	-0,1	0,4	-0,1	-0,2	0,0	0,8
Produktivität 1)	3,0	1,8	1,9	1,5	2,0	2,2	1,7
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	3,0	1,7	2,3	1,5	1,9	2,1	2,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	3 059,4	3 161,0	3 265,0	1 527,7	1 633,3	1 585,0	1 679,9
Private Haushalte 2)	2 309,1	2 396,2	2 483,7	1 162,1	1 234,1	1 211,0	1 272,7
Staat	750,3	764,8	781,3	365,6	399,2	374,0	407,2
Anlageinvestitionen	850,7	850,9	875,3	407,4	443,4	416,2	459,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	384,4	403,0	426,3	192,9	210,1	200,6	225,7
Bauten	466,3	447,9	449,0	214,5	233,4	215,6	233,4
Vorratsveränderungen 3)	50,7	51,1	49,0	41,9	9,2	42,4	6,7
Inländische Verwendung	3 960,8	4 062,9	4 189,2	1 977,0	2 085,9	2 043,6	2 145,7
Außenbeitrag	15,3	30,0	43,4	18,1	11,8	18,0	25,3
Exporte	1 326,2	1 435,8	1 575,5	704,6	731,2	762,6	813,0
Importe	1 310,9	1 405,8	1 532,2	686,4	719,4	744,5	787,6
Bruttoinlandsprodukt	3 976,1	4 092,9	4 232,6	1 995,1	2 097,8	2 061,6	2 171,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,7	3,3	3,3	2,7	3,9	3,8	2,9
Private Haushalte 2)	3,0	3,8	3,7	2,9	4,6	4,2	3,1
Staat	1,7	1,9	2,2	2,1	1,8	2,3	2,0
Anlageinvestitionen	2,9	0,0	2,9	-0,6	0,6	2,2	3,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,2	4,8	5,8	6,3	3,6	4,0	7,4
Bauten	-1,8	-4,0	0,3	-6,0	-2,0	0,5	0,0
Inländische Verwendung	3,2	2,6	3,1	2,4	2,8	3,4	2,9
Exporte	16,2	8,3	9,7	10,7	6,0	8,2	11,2
Importe	18,7	7,2	9,0	10,8	4,1	8,5	9,5
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,9	3,4	2,4	3,4	3,3	3,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2 882,0	2 924,6	2 979,8	1 431,8	1 492,8	1 464,2	1 515,7
Private Haushalte 2)	2 165,3	2 201,2	2 248,8	1 072,2	1 129,0	1 100,8	1 148,0
Staat	716,7	723,5	731,0	359,7	363,8	363,4	367,7
Anlageinvestitionen	859,0	855,6	877,4	409,7	446,0	416,9	460,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	389,3	406,9	429,5	194,5	212,4	201,8	227,7
Bauten	469,7	448,7	447,8	215,2	233,5	215,1	232,8
Vorratsveränderungen 3)	30,3	31,1	29,0	26,9	4,2	27,4	1,7
Inländische Verwendung	3 771,3	3 811,3	3 886,2	1 868,3	1 943,0	1 908,4	1 977,8
Außenbeitrag	69,6	93,7	107,6	49,2	44,6	49,7	57,9
Exporte	1 283,7	1 361,8	1 466,2	672,3	689,5	713,6	752,6
Importe	1 214,1	1 268,1	1 358,6	623,2	644,9	663,8	694,7
Bruttoinlandsprodukt	3 840,8	3 905,1	3 993,8	1 917,5	1 987,6	1 958,1	2 035,7
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3 815,5	3 879,9	3 968,1	1 909,1	1 970,8	1 949,4	2 018,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,5	1,5	1,9	0,8	2,2	2,3	1,5
Private Haushalte 2)	1,6	1,7	2,2	0,7	2,6	2,7	1,7
Staat	1,4	0,9	1,0	1,0	0,9	1,0	1,1
Anlageinvestitionen	2,4	-0,4	2,5	-1,0	0,2	1,8	3,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,0	4,5	5,6	5,8	3,3	3,8	7,2
Bauten	-2,5	-4,5	-0,2	-6,5	-2,5	-0,1	-0,3
Inländische Verwendung	2,0	1,1	2,0	0,8	1,3	2,1	1,8
Exporte	13,2	6,1	7,7	8,1	4,2	6,1	9,2
Importe	10,2	4,4	7,1	6,3	2,7	6,5	7,7
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,7	2,3	1,5	1,9	2,1	2,4
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3,0	1,7	2,3	1,5	1,9	2,1	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2001		2002	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 2)	1,4	2,1	1,5	2,2	2,0	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,3	1,0	1,1	1,0	1,0	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,3	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2
Bauten	0,7	0,5	0,4	0,5	0,6	0,6	0,3
Exporte	2,6	2,0	1,9	2,4	1,7	2,0	1,9
Importe	7,7	2,7	1,7	4,2	1,4	1,8	1,6
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	1,2	1,1	0,9	1,5	1,2	1,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2 987,3	3 086,9	3 201,9	1 504,2	1 582,7	1 562,1	1 639,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	405,8	414,0	423,4	197,0	217,0	201,9	221,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 715,6	1 766,7	1 829,0	827,0	939,7	853,5	975,5
Übrige Primäreinkommen 5)	865,8	906,2	949,5	480,2	426,0	506,6	442,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	369,8	366,5	370,4	178,1	188,3	176,3	194,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 357,1	3 453,3	3 572,3	1 682,3	1 771,0	1 738,4	1 833,9
Abschreibungen	589,8	610,5	630,6	303,2	307,3	313,2	317,4
Bruttonationaleinkommen	3 946,9	4 063,8	4 202,9	1 985,5	2 078,3	2 051,6	2 151,3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 945,6	3 022,3	3 119,0	1 468,0	1 554,3	1 513,5	1 605,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	824,1	841,6	866,7	444,0	397,6	458,0	408,6
Arbeitnehmerentgelt	2 121,5	2 180,7	2 252,4	1 024,0	1 156,7	1 055,5	1 196,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	3,1	3,3	3,7	3,2	3,5	3,8	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,7	2,0	2,3	1,9	2,1	2,5	2,1
Bruttolöhne und -gehälter	3,3	3,0	3,5	3,1	2,9	3,2	3,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,3	2,8	2,2	2,4	2,6	2,9
Übrige Primäreinkommen 5)	3,4	4,7	4,8	3,9	5,5	5,5	4,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-2,2	-0,9	1,1	-5,2	3,5	-1,0	3,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,5	2,9	3,4	2,2	3,5	3,3	3,6
Abschreibungen	3,4	3,5	3,3	3,6	3,4	3,3	3,3
Bruttonationaleinkommen	2,6	3,0	3,4	2,4	3,5	3,3	3,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,6	2,6	3,2	2,1	3,1	3,1	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,6	2,1	3,0	0,6	3,9	3,2	2,8
Arbeitnehmerentgelt	3,0	2,8	3,3	2,8	2,8	3,1	3,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2)

a) Mrd.DM

Masseneinkommen	1 761,7	1 828,7	1 879,7	874,1	954,6	895,3	984,3
Nettolöhne und -gehälter	1 101,2	1 152,4	1 185,7	536,8	615,7	550,3	635,4
Monetäre Sozialleistungen	794,3	812,6	831,4	405,3	407,3	413,3	418,1
abz. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 4)	133,7	136,3	137,4	68,0	68,4	68,3	69,2
Übrige Primäreinkommen 5)	865,8	906,2	949,5	480,2	426,0	506,6	442,9
Sonstige Transfers 6)	- 87,6	- 91,7	- 90,0	- 48,7	- 43,0	- 44,0	- 46,0
Verfügbares Einkommen	2 539,9	2 643,2	2 739,2	1 305,6	1 337,6	1 357,9	1 381,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	19,4	19,6	19,9	9,1	10,5	9,3	10,6
Konsumausgaben	2 309,1	2 396,2	2 483,7	1 162,1	1 234,1	1 211,0	1 272,7
Sparen	250,3	266,6	275,4	152,6	114,0	156,2	119,1
Sparquote (%) 7)	9,8	10,0	10,0	11,6	8,5	11,4	8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	3,8	2,8	3,7	3,9	2,4	3,1
Nettolöhne und -gehälter	3,7	4,7	2,9	4,6	4,7	2,5	3,2
Monetäre Sozialleistungen	1,5	2,3	2,3	2,3	2,3	2,0	2,6
abz. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 4)	-3,4	2,0	0,8	2,7	1,3	0,4	1,2
Übrige Primäreinkommen 5)	3,4	4,7	4,8	3,9	5,5	5,5	4,0
Verfügbares Einkommen	2,9	4,1	3,6	3,4	4,7	4,0	3,3
Konsumausgaben	3,0	3,8	3,7	2,9	4,6	4,2	3,1
Sparen	1,2	6,5	3,3	6,9	5,9	2,4	4,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2001		2002	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 8)

a) Mrd.DM

	2000	2001	2002	2001 1.Hj.	2001 2.Hj.	2002 1.Hj.	2002 2.Hj.
Einnahmen							
Steuern	975,4	956,8	1 006,3	461,8	495,0	485,0	521,3
Sozialbeiträge	741,9	758,2	774,7	362,9	395,3	370,9	403,8
Vermögenseinkommen	28,0	36,2	32,1	25,7	10,5	21,6	10,6
Sonstige laufende Transfers	26,4	27,6	27,3	14,0	13,7	13,6	13,8
Vermögenstransfers	16,0	16,9	17,5	8,5	8,4	8,8	8,7
Verkäufe	79,9	79,2	79,5	37,3	41,8	37,5	42,1
Sonstige Subventionen	2,0	2,0	2,0	0,8	1,1	0,8	1,1
Insgesamt	1 869,6	1 876,8	1 939,4	910,9	965,8	938,1	1 001,3
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	451,0	462,1	476,8	222,8	239,3	229,8	247,0
Arbeitnehmerentgelt	322,1	324,3	326,5	150,5	173,8	152,2	174,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	131,7	133,8	137,6	66,6	67,2	68,3	69,3
Subventionen	67,3	67,5	67,1	30,6	36,9	29,9	37,2
Monetäre Sozialleistungen	743,3	760,0	777,4	379,2	380,8	386,6	390,7
Sonstige laufende Transfers	67,9	67,8	73,8	32,1	35,7	34,7	39,1
Vermögenstransfers	59,5	65,8	69,6	32,3	33,5	35,7	33,9
Bruttoinvestitionen	70,9	72,1	72,4	30,6	41,6	30,8	41,7
Nichtproduzierbare Vermögensgüter 10)	- 102,2	- 2,8	- 2,8	- 1,2	- 1,6	- 1,2	- 1,6
Insgesamt	1 811,4	1 950,5	1 998,4	943,4	1 007,1	966,7	1 031,7
Finanzierungssaldo	58,3	- 73,7	- 59,0	- 32,4	- 41,3	- 28,6	- 30,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2000	2001	2002	2001 1.Hj.	2001 2.Hj.	2002 1.Hj.	2002 2.Hj.
Einnahmen							
Steuern	4,2	-1,9	5,2	-3,3	-0,6	5,0	5,3
Sozialbeiträge	1,1	2,2	2,2	2,2	2,1	2,2	2,1
Vermögenseinkommen	-14,2	29,2	-11,4	52,7	-6,1	-16,2	0,5
Sonstige laufende Transfers	-6,3	4,4	-1,1	4,7	4,1	-2,9	0,7
Vermögenstransfers	-5,7	5,4	3,7	0,7	10,5	3,8	3,7
Verkäufe	-0,5	-0,9	0,5	-1,2	-0,6	0,5	0,5
Sonstige Subventionen	-9,1	-2,0	0,5	-2,4	-1,7	1,2	0,0
Insgesamt	2,2	0,4	3,3	0,1	0,6	3,0	3,7
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	2,6	2,5	3,2	2,6	2,4	3,1	3,2
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	0,7	0,7	0,7	0,7	1,1	0,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-4,1	1,6	2,8	0,7	2,5	2,5	3,2
Subventionen	-0,5	0,2	-0,5	2,2	-1,4	-2,1	0,8
Monetäre Sozialleistungen	1,6	2,2	2,3	2,3	2,2	2,0	2,6
Sonstige laufende Transfers	7,7	-0,2	8,9	5,7	-4,9	7,9	9,7
Vermögenstransfers	9,5	10,6	5,9	14,8	6,9	10,8	1,1
Bruttoinvestitionen	-0,8	1,8	0,4	-2,0	4,7	0,7	0,2
Insgesamt	-3,9	7,7	2,5	2,3	13,2	2,5	2,4

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4) Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

5) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

6) Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

7) Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9) Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

10) Nettozugang; im 2. Halbjahr 2000 einschließlich der auf der Ausgabenseite als Nettozugang gebuchten Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen in Höhe von 99,4 Mrd.DM.

Quellen:

Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2001: Prognose des IWH.

„Solidarpakt II“: Die ostdeutschen Länder in der Verantwortung

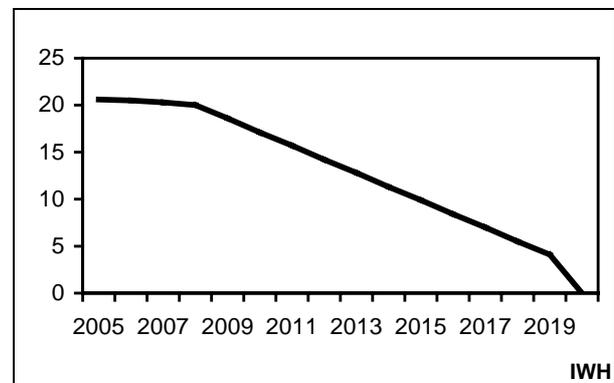
Die jüngst gefundene Vereinbarung über einen „Solidarpakt II“ zwischen Bund und ostdeutschen Ländern ist von allen Beteiligten mit Zustimmung aufgenommen worden. Tatsächlich können die Ergebnisse aber nicht rundum befriedigen: Zum einen sind die Mittel angesichts des fortbestehenden Investitionsbedarfs in den neuen Ländern kaum als ausreichend anzusehen, zum anderen besteht das Risiko, dass die Mittel auch für nicht investive Zwecke verwendet werden. Die ostdeutschen Länder stehen daher in einer besonderen Verantwortung für das Gelingen des Aufholprozesses.

Am 23. Juni 2001 haben Bund und ostdeutsche Länder nach langwierigen Verhandlungen Einigkeit über den sogenannten Solidarpakt II erzielt, der die Finanzausweisungen des Bundes für die neuen Länder ab dem Jahr 2005 regelt. Notwendig geworden war dies, weil der im Jahre 1993 abgeschlossene erste Solidarpakt – der ungebundene Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 14 Mrd. DM jährlich sowie zweckgebundene Investitionshilfen im Umfang von 6,6 Mrd. DM pro Jahr beinhaltete – mit dem Jahr 2004 ausläuft. Die jetzt getroffene Vereinbarung umfasst die folgenden Kernpunkte:

- Beginnend mit dem Jahr 2005 erhalten die neuen Länder (einschließlich Berlin) vom Bund für 15 Jahre Zahlungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten (infrastruktureller Nachholbedarf und unterproportionale kommunale Finanzkraft) in Höhe von insgesamt 206 Mrd. DM. Beginnend mit einem Jahresbetrag von 20,6 Mrd. DM werden die Finanzhilfen sukzessive zurückgeführt; vom Jahre 2009 an beträgt die Degression rund 1,5 Mrd. DM jährlich (vgl. Abbildung). Eine Verlängerung des Solidarpaktes über das Jahr 2019 hinaus wird ausgeschlossen.
- Anders als im „Solidarpakt I“ werden die Mittel den Empfängerländern zur freien Verfügung überlassen; die bisher für einen Teil der Leistungen vorgeschriebene Zweckbindung (Investitionsförderungsgesetz Aufbau-Ost) entfällt mit sofortiger Wirkung. Allerdings enthält die Vereinbarung die Erwartung einer „aufbaugerechten“ Verwendung der Mittel. Überdies verpflichten sich die Länder, in jährlichen Berichten über die Mittelverwendung sowie ihre finanzpolitische Situation Auskunft zu geben.

- Zusätzlich wird der Bund auch künftig in seiner Haushaltspolitik investiven Maßnahmen in den neuen Ländern hohe Priorität einräumen. Zielgröße sind Investitionen und sonstige Finanzhilfen in Höhe von 100 Mrd. DM im Zeitraum 2005 bis 2019, ohne dass aber konkrete Festlegungen über Ausgabenzwecke oder das Zeitprofil der Zahlungen getroffen werden.

Abbildung:
Solidarpakt II: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für die neuen Länder ab 2005
- in Mrd. DM -



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Positiv zu werten ist, dass die ostdeutschen Länder mit der jetzt getroffenen Vereinbarung über den Solidarpakt II Planungssicherheit über die künftig zu erwartenden Bundeshilfen gewinnen. Gemessen an dem festgestellten Nachholbedarf bei der von Ländern und Gemeinden zu finanzierenden Infrastruktur¹⁰ ist der Umfang der zur Verfügung gestellten Mittel von 206 Mrd. DM jedoch kaum als ausreichend anzusehen. Vielmehr bedarf es, um die „Infrastrukturücke“ zu decken, des zusätzlichen Einsatzes weiterer Mittel der Länder in einem nicht unbeträchtlichen Umfang. Da die Solidarpakt-II-Mittel degressiv ausgestaltet sind, kommt es deshalb darauf an, dass möglichst von Anfang an eine wachstumsorientierte Politik be-

¹⁰ Die ostdeutschen Länder haben im Vorfeld der Verhandlungen einen infrastrukturellen Nachholbedarf in Höhe von 300 Mrd. DM geltend gemacht. Das IWH hat die notwendigen Infrastrukturinvestitionen zuletzt auf 250 Mrd. DM beziffert; vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Trotz weltweiter Konjunkturschwäche verstärkt sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland etwas, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 7-8/2001, S. 174.

trieben wird, die zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen der ostdeutschen Länder und Gemeinden beiträgt.

Alles in allem überträgt der Bund mit dem Solidaripakt II einen Teil der Verantwortung für den Aufbau-Ost auf die Länder. Dies ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, entspricht die hierin zum Ausdruck kommende Rückverlagerung der Kompetenzen auf die Akteure „vor Ort“ einer seit langem von der Wissenschaft erhobenen Forderung.¹¹ Es besteht aber das Risiko, dass die Mittel nicht überwiegend für Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur verwendet werden, sondern auch der Finanzierung von konsumtiven Ausgaben dienen. Eine Zweckbindung der Hilfen (wie dies im Vorfeld auch vom IWH favorisiert worden ist) hätte dieses Risiko vermieden; ob es in hinreichendem Maße dadurch gemildert wird, dass die Länder öffentlich Rechenschaft über die Mittelverwendung ablegen müssen, erscheint zumindest fraglich. Es mag daher nützlich sein, wenn auf Landesebene gesetzliche Regelungen derart getroffen werden, dass auch langfristig – so zum Beispiel bei wechselnden politischen Mehrheiten – die investive Mittelverwendung gewährleistet bleibt.

Sinnvoll ist hingegen die Festlegung, die Bundeshilfen zunächst in gleicher Höhe zu gewähren wie bisher und sie erst in der mittleren Frist zurückzuführen. Zum einen können so Brüche in der Ausgabenentwicklung vermieden werden. Zum anderen schlagen damit etwaige Preissteigerungen bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten nicht so stark zu Buche. Schließlich besteht auf diese Weise die Möglichkeit, hochprioritäre Projekte bereits kurzfristig zu realisieren und weniger wichtig erscheinende Infrastrukturinvestitionen auf später zu verschieben. Dies setzt allerdings voraus, dass die Länder eine entsprechende Rangfolge der notwendigen Infrastrukturprojekte aufstellen, die sich vor allem an den zu erwartenden Wachstumswirkungen orientieren sollte. Hier sei noch einmal an den Vorschlag des IWH erinnert, Infrastrukturinvestitionen zunächst in den potentiellen Wachstumspolen zu verwirklichen, da hier die größten Wachstumsimpulse zu erwarten sind.¹² Dabei sollte auch stärker als bisher eine über die Grenzen

des jeweiligen Bundeslandes hinausreichende Infrastrukturplanung vorgenommen werden.

Gewährleistet werden muss weiterhin, dass die bereitgestellten Mittel des Bundes auch den Kommunen zugute kommen, die für die kleinräumige Infrastruktur zuständig sind, bei der ein besonders großer Nachholbedarf besteht. Nach der getroffenen Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sind hierfür jährlich wenigstens 3,7 Mrd. DM vorzusehen. Wenn aber diese Mittel den Kommunen als zweckgebundene Zuweisungen für den Infrastrukturausbau überwiesen werden sollen, müssen die Länder angesichts der angespannten Haushaltsituation der Kommunen gleichzeitig dafür sorgen, dass diesen darüber hinaus auch ausreichende allgemeine Finanzmittel zur Verfügung stehen, die für die Kofinanzierung der Investitionszuweisungen benötigt werden. Außerdem sollte im Sinne des IWH-Vorschlags einer gezielten Förderung von Wachstumspolen eine gleichmäßige Mittelverteilung auf die Kommunen – etwa nach den Einwohnerzahlen – nicht vorgenommen werden. Besser wäre es, auch diese Mittel räumlich so zu konzentrieren, dass der größtmögliche Beitrag für das regionale Wachstum erzielt werden kann.

Darüber hinaus bleibt auch weiterhin der Bund gefordert, den Aufbau in den neuen Ländern zu unterstützen. Er muss die in seinen Aufgabenbereich fallenden Infrastrukturprojekte zügig durchführen, insbesondere den Ausbau der Bundesverkehrswege. Wünschenswert wäre dabei ein Vorziehen von besonders wichtig erscheinenden Investitionen, wobei darauf geachtet werden muss, dass mittelfristige Konsolidierungsziele dadurch nicht gefährdet werden. Dass jedoch die diesbezüglichen Verpflichtungen des Bundes nur wenig verbindlich sind, muss man als einen Nachteil des nunmehr gefundenen Kompromisses ansehen.

Alles in allem eröffnet der Solidaripakt II die Chance, dass der Aufholprozess in den neuen Ländern auf lange Sicht wieder an Fahrt gewinnt. Die finanziellen Bedingungen hierfür sind jetzt geschaffen; nun ist die Politik vor allem auf Landesebene gefordert, die Mittel auch für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Wachstums einzusetzen. Hierin liegt eine große Verantwortung, aber auch eine große Chance.

*Joachim Ragnitz
(jrg@iwh-halle.de)*

¹¹ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 19. Bericht. IWH-Sonderheft 5/1999, S. 226.

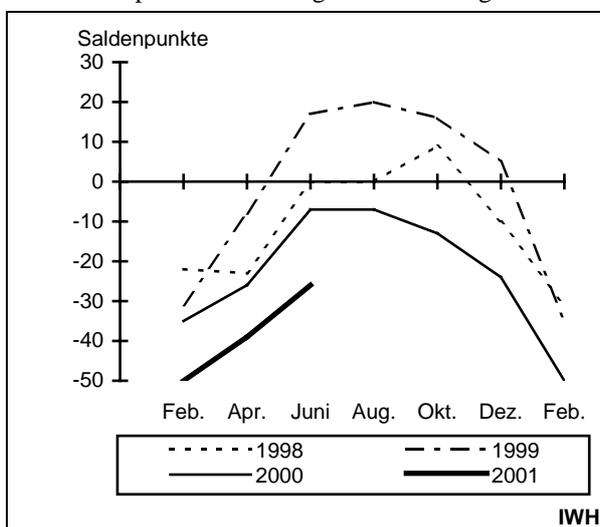
¹² Vgl. ROSENFELD M. T. W. u. a.: Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt: empirischer Befund und politische Empfehlungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2001, S. 56 f.

Ostdeutsches Baugewerbe im Juni 2001: Früher Einbruch bei den Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftslage im Juni wird von den ostdeutschen Bauunternehmen laut IWH-Umfrage zwar saisonüblich etwas günstiger beurteilt. Meldungen zu den Geschäftserwartungen bis zum Jahresende lassen jedoch erkennen, dass der Anpassungsdruck in den kommenden Monaten bei anhaltend rückläufiger Ordertätigkeit weiter zunehmen wird.

Kritisch ist die Situation vor allem im *Bauhauptgewerbe*. Mit zwei Dritteln pessimistischer Stimmen verharret die Geschäftslage trotz einer

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

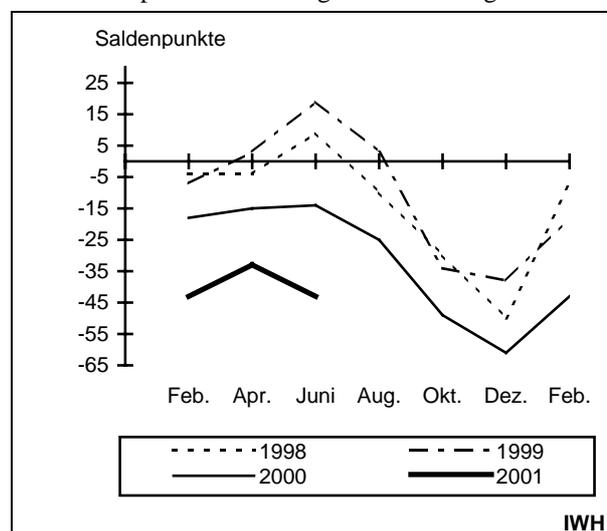


Quelle: IWH-Baumfragen.

Verbesserung gegenüber der vorangegangenen Befragung deutlich unter dem Vorjahreswert. Zudem ist die saisonübliche Aufhellung der Geschäftsaussichten im Juni vorzeitig abgebrochen. Verantwortlich dafür ist der Stimmungsabfall im Hochbaubereich, der Indikator verschlechterte sich um 18 Saldenpunkte. Hier zeigt sich die weiterhin äußerst schwache Wohnungsbaunachfrage. Darüber hinaus bleibt die Ordertätigkeit im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Hochbau hinter den Erwartungen zurück. Darauf deuten auch die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen hin. Dagegen war die Ordertätigkeit im öffentlichen Tiefbau, einschließlich Straßenbau, als auch im gewerblichen Tiefbau von Bahn und Post – im gleitenden Zwei-Monatsdurchschnitt – zuletzt leicht aufwärtsgerichtet. Dazu beigetragen haben die Investitionsprogramme der Bundesregierung zum Aus-

bau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern mit den Schwerpunkten Bundesfernstraßen, Ortsumgehungen und Schienennetz der Bahn. Da sich die Nachfrage hier auf eine begrenzte Zahl von Vorhaben bezieht, bleibt die Zuversicht bis zum Jahresende mit 30% optimistischer Stimmen aber insgesamt verhalten. Außerdem macht sich die schwache Nachfrage der Gemeinden infolge der Mindereinnahmen durch die Steuerreform bemerkbar.

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Etwas optimistischer als in der vorangegangenen Befragung im April zeigten sich die im *Ausbau* tätigen Unternehmen. Knapp 50% von ihnen schätzten die Geschäftslage im Juni als mindestens gut ein. Hinsichtlich der Aussichten bis zum Jahresende äußerten sie sich aber eher zurückhaltend. Die Nachfrage nach Bestandserhaltung und Revitalisierung der Städte ist in Ostdeutschland immer noch groß. Die Hoffnungen auf eine Abschwächung der Talfahrt verlagern sich aber hier wie im Hochbau auf das kommende Jahr. Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Mittel zum „Stadtumbau Ost“ beginnen ab 2002 wirksam zu werden. Diesem Paket soll in den nächsten Jahren dazu beitragen, den strukturellen Wohnungsleerstand abzubauen und die Erneuerung der ostdeutschen Städte voranzubringen.

Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de)

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Juni 2001
- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 00	Apr 01	Juni 01	Juni 00	Apr 01	Juni 01	Juni 00	Apr 01	Juni 01	Juni 00	Apr 01	Juni 01	Juni 00	Apr 01	Jun i01
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	13	8	9	34	23	28	44	49	49	9	20	14	-7	-39	-26
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	10	6	5	33	21	27	46	51	54	11	22	14	-14	-46	-36
darunter ^b															
Hochbau	12	5	4	32	22	28	46	52	51	10	21	16	-13	-47	-35
Tiefbau	7	6	7	34	20	25	46	52	59	13	23	9	-18	-49	-36
Ausbaugewerbe	19	13	17	36	25	31	39	45	38	6	17	14	10	-23	-4
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	17	13	17	31	24	31	36	38	35	16	24	17	-3	-25	-4
20 bis 249 Beschäftigte	14	7	7	33	22	28	46	53	52	7	18	13	-6	-43	-30
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	42	33	22	33	50	67	25	17	11	-17	-33	-56
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	8	1	6	32	23	29	50	53	52	10	23	13	-20	-52	-31
Neugründungen	17	11	8	40	26	29	42	46	48	1	17	15	13	-26	-26
Bauhandwerk	19	14	16	35	17	25	34	49	47	12	20	12	8	-37	-18
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	8	7	7	35	27	21	46	48	56	11	18	15	-14	-33	-43
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	6	6	5	32	25	21	50	49	62	12	20	13	-23	-38	-49
darunter ^b															
Hochbau	7	6	5	32	26	19	51	47	62	11	21	15	-23	-35	-53
Tiefbau	6	4	6	31	23	24	49	53	60	15	20	10	-26	-46	-41
Ausbaugewerbe	12	9	12	42	30	24	37	47	44	9	14	21	8	-22	-29
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	10	10	15	38	26	24	39	44	40	13	20	21	-4	-28	-23
20 bis 249 Beschäftigte	9	7	6	34	27	21	47	48	59	10	18	15	-15	-33	-47
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	42	33	11	41	50	89	17	17	0	-17	-33	-78
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	5	0	3	34	27	25	51	53	61	10	20	12	-22	-46	-46
Neugründungen	10	10	8	38	26	22	46	48	57	6	15	14	-3	-27	-41
Bauhandwerk	9	13	13	41	28	21	36	39	45	14	20	21	1	-18	-32

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.